

politik und kultur

Jahresbericht des Deutschen Kulturrates e.V. für das Jahr 2005

Der Deutsche Kulturrat ist der Spitzenverband der Bundeskulturverbände. Seine direkten Mitglieder sind die acht Sektionen, die die verschiedenen künstlerischen Sparten repräsentieren. Die Sektionen sind:

- Deutscher Musikrat,
- Rat für darstellende Kunst und Tanz,
- Deutsche Literaturkonferenz,
- Kunstrat,
- Rat für Baukultur,
- Sektion Design,
- Sektion Film und Medien,
- Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung.

Den Sektionen gehören wiederum Bundesverbände der speziellen künstlerischen Sparten an. Die Sektionen vereinen Verbände unterschiedlicher Bereiche des kulturellen Lebens wie:

- Verbände der Künstlerinnen und Künstler,
- Verbände der Kultureinrichtungen,
- Verbände der Kulturvereine,
- Verbände der Kulturwirtschaft.

Die unterschiedlichen Bundesverbände verbindet das Eintreten für die Verbesserung der Rahmenbedingungen von Kunst und Kultur.

Der Deutsche Kulturrat ist strikt parteipolitisch neutral. Sein Interesse ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen von Kunst und Kultur unabhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Bundesregierung.

Arbeitsweise des Deutschen Kulturrates

In einem so großen Verband wie dem Deutschen Kulturrat mit insgesamt über 200 mittelbaren Mitgliedern hat die repräsentative Demokratie eine große Bedeutung. Alle Sektionen des Deutschen Kulturrates sind mit zwei Sprechern und zwei Stellvertretenden Sprechern im Sprecherrat des Deutschen Kulturrates vertreten. Die Mehrzahl der Sektionen berücksichtigt bei der Wahl der Sprecher die unterschiedlichen Bereiche des kulturellen Lebens, die sich in der Sektion zusammengeschlossen haben. So sind im Sprecherrat sowohl Vertreter der Künstler, der Kultureinrichtungen, der Kulturvereine und der Kulturwirtschaft vertreten. Nur so ist es möglich, die verschiedenen Interessen zu bündeln, Kompromisse zu erzielen und eine abgestimmte Meinung zu erreichen.

Alle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates und politischen Richtungsentscheidungen werden im Sprecherrat nach eingehenden Beratungen verabschiedet. Dabei kommen sowohl die verschiedenen künstlerischen Sparten als auch die unterschiedlichen Bereiche des kulturellen Lebens zu Wort. Als ehernes Gesetz gilt, dass nicht gegen die Interessen eines Mitglieds, d.h. einer Sektion gehandelt werden darf. Darüber hinaus wird zu Fragen, die unter den Verbänden grundsätzlich strittig sind, keine Position bezogen. Der Sprecherrat tritt vier Mal im Jahr zusammen. In Fällen besonderer Eilbedürftigkeit, wenn auf bereits seit Jahren bestehende Positionen aufgebaut werden kann, kann der Sprecherrat im Umlaufverfahren entscheiden.

Der Sprecherrat wählt aus seiner Mitte den dreiköpfigen Vorstand des Deutschen Kulturrates. Die Vorstandsmitglieder gehören üblicherweise unterschiedlichen Sektionen an. Im April 2005 fand eine Vorstandswahl statt. Gewählt wurden:

- Prof. Dr. Max Fuchs als Vorsitzender (Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung)
- Christian Höppner als Stellvertretender Vorsitzender (Deutscher Musikrat)
- Dr. Claudia Schwalfenberg als Stellvertretende Vorsitzende (Rat für Baukultur)

Die demokratisch verabschiedeten Stellungnahmen, Resolutionen und Positionspapiere sind die Richtschnur des Handelns von Vorstand und Geschäftsführer. Sie bilden das Fundament auf dem Vorstand und Geschäftsführer agieren. In den vergangenen Jahren wurden eine Reihe von sehr umfangreichen und grundsätzlichen Positionspapieren und Stellungnahmen verabschiedet, die die Basis für das kulturpolitische Alltagshandeln bilden.

Vorbereitet werden die Stellungnahmen, Resolutionen und Positionspapiere in den Fachausschüssen und adhoc-Arbeitsgruppen des Deutschen Kulturrates. Auch ihnen gehören Vertreter der verschiedenen Sektionen sowie der unterschiedlichen Bereiche des kulturellen Lebens an. Zusätzlich zu den Vertretern aus den Reihen des Deutschen Kulturrates arbeiten in den Fachausschüssen Experten aus der Wissenschaft, aus anderen Verbänden sowie als Gäste Vertreter der Bundesministerien, der Kultusministerkonferenz, des Deutschen Städtetags und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes mit. Es wird damit eine große Bandbreite der heterogenen Interessen des Kulturbereiches abgedeckt.

Die Fachausschüsse und adhoc-Arbeitsgruppen sind die fachlichen Beratungsgremien des Deutschen Kulturrates. Fachausschüsse arbeiten regelmäßig. Sie treffen sich je nach Bedarf zwei bis drei Mal im Jahr. Nach jeder Vorstandswahl werden die Sektionen gebeten, ihre Fachausschussmitglieder neu zu benennen. Eine Wiederbenennung ist dabei möglich. Folgende Fachausschüsse arbeiten:

- Fachausschuss Bildung, Vorsitz: Christian Höppner
- Fachausschuss Europa/Internationales, Vorsitz: Prof. Dr. Max Fuchs
- Fachausschuss Medien, Vorsitz: Heinrich Bleicher-Nagelsmann
- Fachausschuss Steuern, Vorsitz: Prof. Dr. Peter Raue
- Fachausschuss Urheberrecht, Vor-

sitz: Prof. Dr. Ferdinand Melichar

Die Fachausschüsse bereiten die Stellungnahmen, Positionspapiere und Resolutionen inhaltlich für den Sprecherrat vor und legen dem Sprecherrat entscheidungsreife Vorschläge vor. Der Sprecherrat bewertet diese, macht sie sich zu eigen bzw. nimmt Änderungen vor und erklärt diese nach einer demokratischen Abstimmung schließlich zu Positionen des Deutschen Kulturrates.

Im Unterschied zu den auf Dauer angelegten Fachausschüssen haben adhoc-Arbeitsgruppen einen zeitlich und inhaltlich begrenzten Auftrag. Ihre Zusammensetzung gleicht der der Fachausschüsse. Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass adhoc-Arbeitsgruppen nach der Verabschiedung der jeweiligen Position ihren Auftrag erfüllt haben und wieder aufgelöst werden. Im Jahr 2005 arbeitete folgende adhoc-Arbeitsgruppe:

- Adhoc-AG Arbeitsmarkt mit dem Schwerpunkt „Ein-Euro-Jobs“, Vorsitz: Prof. Dr. Max Fuchs

Eine wesentliche Scharnierfunktion im Deutschen Kulturrat haben die Sektionen und hier ganz besonders die Sektionsgeschäftsstellen. Sie müssen zum einen ein Gespür für die unterschiedlichen Strömungen und Interessen in ihrer Sektion haben und dafür Sorge tragen, dass die verschiedenen Positionen in die Fachausschüsse des Deutschen Kulturrates eingebracht und damit in die Arbeit des Deutschen Kulturrates einbezogen werden. Zum zweiten muss die Arbeit des Deutschen Kulturrates an die Sektionsmitglieder weitervermittelt werden. Hier sind besonders die Sprecherinnen und Sprecher, die Sektionsgeschäftsführer und die Fachausschussmitglieder gefordert.

Wie in einem Zahnrad greifen die verschiedenen Entscheidungsstrukturen innerhalb des Deutschen Kulturrates ineinander. Damit das Zahnrad funktionieren kann, ist eine regelmäßige Information aus den Gremien des Deutschen Kulturrates in die Sektionen und umgekehrt aus den Sektionen in die Gremien des Deutschen Kulturrates unerlässlich. Nur so kann gewährleistet sein, dass die unterschiedlichen Positionen sich wiederfinden.

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrat tritt ein Mal im Jahr zusammen. Sie nimmt den kul-

turpolitischen Bericht sowie den Bericht über den Haushalt entgegen. Die Mitgliederversammlung entscheidet über den Haushalt im kommenden Jahr. Zumeist wird die Mitgliederversammlung mit einer kulturpolitischen Veranstaltung verknüpft.

Alle genannten Gremien des Deutschen Kulturrates arbeiten rein ehrenamtlich. Den Expertinnen und Experten sowie Verbandsvertreterinnen und -vertretern werden keine Kosten erstattet (außer Vorstand) und keine Aufwandsentschädigung gezahlt.

Im Jahr 2005 waren in den Monaten Januar bis einschließlich August zwei hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigt: der Geschäftsführer und eine wissenschaftliche Mitarbeiterin. Seit September 2005 wird die Geschäftsstelle durch eine weitere Mitarbeiterin unterstützt. Zusätzlich waren stundenweise zwei Studentische Aushilfen beschäftigt.

Arbeitsschwerpunkte 2005

Im Folgenden sollen cursorisch einige Arbeitsschwerpunkte aus dem Jahr 2005 skizziert werden. Den Ausgangspunkt bilden jeweils die Stellungnahmen und Resolutionen des Deutschen Kulturrates. Eingegangen wird auch auf zum Themenkomplex gehörende Beiträge in *politik und kultur*, der Zeitung des Deutschen Kulturrates.

Arbeitsmarkt Kultur

Zum 01.01.2005 traten die so genannten Hartz-Gesetze in Kraft. Ein Instrument um die Chancen von Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, sollten die Arbeitsmöglichkeiten mit Mehraufwandsentschädigung, besser bekannt unter Ein-Euro-Jobs, sein. Da sich abzeichnete, dass sowohl öffentliche Kultureinrichtungen als auch Kulturvereine Einsatzorte für so genannte Ein-Euro-Jobber sein könnten, wurde bereits im Dezember 2004 die Einsetzung einer adhoc-AG Arbeitsmarkt Kultur unter besonderer Berücksichtigung der Ein-Euro-Jobs beschlossen. Vertreter aus allen Sektionen nahmen an der konstituierenden Sitzung der adhoc-AG teil, in der sogleich die Stellungnahme „Ein-Euro-Jobs: Zusätzlichkeit ernst nehmen – Positionspapier des Deutschen Kulturrates zu Arbeitsmöglichkeiten mit Mehraufwandsentschädi-

gung (so genannten Ein-Euro-Jobs)“ vorbereitet wurde. In der Stellungnahme wurde eine Balance zwischen der Verantwortung des Kulturbereiches, Langzeitarbeitslosen einen Zugang zum Erwerbsleben zu ermöglichen und dem Schutz der im Kulturbereich Beschäftigten, der freien Mitarbeiter sowie der Bürgerschaftlich Engagierten beschrieben. Es wurden eine Reihe von Bedingungen aufgeführt, die erfüllt sein müssen, um so genannte Ein-Euro-Jobber in Kultureinrichtungen und -vereinen zu beschäftigen. Die Stellungnahme wurde dem Sprecherrat am 06.04.2005 zur Diskussion und Beschlussfassung vorgelegt. Die verabschiedete Stellungnahme kann unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=404&rubrik=4> im Internet abgerufen werden. Die Arbeitsgruppe kam überein, dass im Jahr 2006 eine Bilanz gezogen werden soll, ob sich der Arbeitsmarkt Kultur durch die Einführung der so genannten Ein-Euro-Jobs verändert hat.

Publizistisch wurde das Thema Arbeitsmarkt Kultur in *politik und kultur*, der Zeitung des Deutschen Kulturrates, begleitet. In der Ausgabe März-April (2/2005) war ein Schwerpunkt das Thema Arbeitsmarkt Kultur. Neben einem Übersichtsartikel von Olaf Zimmermann erschienen Beiträge von: Rolf Bolwin (Deutscher Bühnenverein), Klaus Böttger (Berufsverband Bibliothek Information), Mechtild Kronenberg (Deutscher Museumsbund), Uwe Lübking (Deutscher Städte- und Gemeindebund), Claudia Lux (Deutscher Bibliotheksverband). In der Ausgabe Mai-Juni (3/2005) stellte Johannes Klapper die Zentrale Bühnen-, Film- und Fernsehvermittlung der Bundesagentur für Arbeit vor. Christian Handke und Peter James setzten sich in der Ausgabe November-Dezember (6/2005) mit dem Tonträgermarkt und hier speziell den kleineren Labels auseinander. Hans-Jürgen Blinn stellte ein neues Projekt des Landes Rheinland-Pfalz „vertikult“, eine Datenbank für kulturelle Dienstleister vor. Mit der Arbeitsmarkt- und Berufssituation in soziokulturellen Zentren setzte sich Andreas Kämpf (Bundesvereinigung soziokultureller Zentren) auseinander. Selbiges machte Gerald Mertens in der selben Ausgabe mit Blick auf die Orchestermusiker.

Soziale Sicherung

Fragen der sozialen Sicherung der Künstlerinnen und Künstler haben im Deutschen Kulturrat einen hohen Stellenwert. Dabei muss der Deutsche Kulturrat stets einen Balanceakt zwischen den Interessen der Künstler nach einer besseren sozialen Absicherung und dem Anliegen der Kulturwirtschaft, für vornehmlich freiberuflich Tätige nicht zu stark in die Pflicht genommen zu werden, erbringen. Dieser Ausgleich ist in den vergangenen Jahren stets gelungen, so dass der Deutsche Kulturrat z.B. bei der Reform der Künstlersozialversicherung im Jahr 2000 mit einer Stimme sprechen konnte. Auf Grund dieser Integrationsfähigkeit des Deutschen Kulturrates haben das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und der Deutsche Kulturrat im Jahr 2005 einen Runden Tisch Künstlersozial-



Der Vorstand bei einem Treffen mit der Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Angela Merkel und mit Bundestagsvizepräsident Norbert Lammert: v.l.n.r.: Christian Höppner (stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kulturrates), Heinrich Bleicher-Nagelsmann (stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kulturrates), Angela Merkel (Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Norbert Lammert (Vizepräsident des Deutschen Bundestages), Max Fuchs (Vorsitzender des Deutschen Kulturrates), Olaf Zimmermann (Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates) am 20.01.2005. Foto: Peer Steinwald

Fortsetzung von Seite 22

versicherung eingerichtet, der mittel- und langfristige Vorschläge zur Stabilisierung der Künstlersozialversicherung erarbeiten soll. Am Runden Tisch arbeiten auch Vertreter aus Mitgliedsverbänden der Sektionen des Deutschen Kulturrates mit.

In einer Resolution hat sich der Deutsche Kulturrat am 06.04.2005 für die Stärkung der Künstlersozialversicherung und die Wiederanhebung des Bundeszuschusses zur Künstlersozialkasse auf 25% ausgesprochen. Die Resolution „Künstlersozialversicherung stärken – Deutscher Kulturrat fordert Erhöhung des Bundeszuschusses“ kann unter der Adresse <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=402&rubrik=4> im Internet abgerufen werden.

In *politik und kultur* spielt das Thema soziale Sicherung im Jahr 2005 ebenfalls eine große Rolle. In der Ausgabe 1/2005 wurde die Rede von Bundesministerin Ulla Schmidt, MdB bei der gemeinsamen Informationsveranstaltung von Deutschem Kulturrat und Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung abgedruckt. Michael Opielka (Fachhochschule Jena) stellte die Forderung nach einem Grundeinkommen für Künstler auf. Gabriele Schulz berichtete von einer Anhörung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ zur sozialen Lage der Künstler. Über die Vorstellungen der Parteien zur Reform der Krankenversicherung und deren Auswirkungen auf die Künstlersozialversicherung schrieben: Klaus Gebauer (PDS), Markus Kurth (Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen), Andrea Nahles (SPD), Andreas Storm (CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Dieter Thomae (FDP-Bundestagsfraktion). In der Ausgabe 2/2005 schilderte Rainer Fuchs (Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung) die Vorzüge der Riester-Rente gerade für Künstler, die über ein geringes Einkommen verfügen. Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz berichteten von einer Debatte zur Künstlersozialversicherung im Deutschen Bundestag. Über die Existenzgründung und Selbständigkeit von Künstlern berichteten Caroline Dangel und Michael-Burkhard Piorkowsky in Ausgabe 4/2005 von *politik und kultur*. Olaf Zimmermann setzte sich in derselben Ausgabe mit den Künstlerhonoraren auseinander.

Urheberrechtspolitik

Das Urheberrecht wird auf der einen Seite als das Marktordnungsrecht der Wissensgesellschaft bezeichnet und auf der anderen als Hindernis für die Entfaltung von Wissenschaft bzw. als Barriere für den Zugang zu Informationen kritisiert. Unstreitig ist, dass die Bedeutung des Urheberrechts enorm zugenommen hat und dies besonders in einer Volkswirtschaft, die arm an materiellen Rohstoffen ist und daher auf die Nutzung der geistigen Ressourcen setzen muss. Unter der Überschrift „Wert der Kreativität“ setzt sich der Deutsche Kulturrat bereits seit Jahren für eine stärkere Wertschätzung kreativer Leistungen ein.

Gesetzgeberisch stand im Jahr 2005 der so genannte Korb II der EU-Richtlinie „Urheberrecht in der Informationsgesellschaft“ an. In diesen zweiten Korb waren jene gesetzgeberischen Maßnahmen gesammelt worden, für die die EU keine Umsetzungsfrist vorgesehen hatte. Bereits im Jahr 2003 begannen die Arbeiten für einen Referentenentwurf zuerst mit einem Fragenkatalog, danach mit der Einsetzung zahlreicher Arbeitsgruppen beim Bundesministerium der Justiz und schließlich im Herbst 2004 mit

der Vorlage des Referentenentwurfs. Der Deutsche Kulturrat hat in einer „Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Referentenentwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft“ im November 2004 deutlich Stellung genommen und seiner Enttäuschung über den Referentenentwurf Ausdruck verliehen. Im Jahr 2005 galt es diese Position gegenüber der Bundesregierung und den Mitgliedern des Deutschen Bundestags zu vermitteln.

In *politik und kultur* hat Bundesjustizministerin Zypries den Referentenentwurf im Leitartikel der Ausgabe Januar-Februar (1/2005) verteidigt. In derselben Ausgabe setzten sich Ferdinand Melichar, Olaf Zimmermann, Gabriele Schulz, Gabriele Beger und Anne-Katrin Leenen kritisch mit dem Referentenentwurf auseinander. Thorsten Braun schilderte in der Ausgabe 2/2005 neue Aufnahmesoftware für Musik und wie damit das Urheberrecht unterlaufen werden kann.

Bürgerschaftliches Engagement

Das kulturelle Leben beruht zu einem erheblichen Teil auf bürgerschaftlichem Engagements. In zahlreichen Vereinen aller künstlerischen Sparten engagieren sich Bürgerinnen und Bürger für Kunst und Kultur. Sie üben aktiv Kunst aus oder unterstützen kulturelle Aktivitäten. Das komplexe Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht hat sich in den letzten Jahren vielfach als Hemmschuh für die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements erwiesen. Der Fachausschuss Steuern des Deutschen Kulturrat hat daher die Stellungnahme des Deutschen Kulturrates „Chance zur umfassenden Reform des Gemeinnützigkeitsrechts jetzt nutzen!“ vorbereitet, die vom Sprecherrat am 14.12.2005 verabschiedet wurde. Die Stellungnahme kann unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=634&rubrik=4> im Internet abgerufen werden. In der Stellungnahme werden sehr konkrete Vorschläge zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts unterbreitet. Der Deutsche Kulturrat nimmt dabei Bezug auf den Koalitionsvertrag, in dem die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts als wichtiges Reformvorhaben angekündigt wird. Der Deutsche Kulturrat hat sich darüber hinaus intensiv in die Projektgruppe zur Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts eingebracht, in der Vertreter der Spitzenverbände der unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche, d.h. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Bundesverband Deutscher Stiftungen, Deutscher Kulturrat, Deutscher Naturschutzring, Deutscher Sportbund und Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) und Fachwissenschaftler zusammenarbeiten.

Kulturelle Bildung

Die Beschäftigung mit Fragen der kulturellen Bildung zieht sich bereits seit Jahrzehnten als roter Faden durch die Arbeit des Deutschen Kulturrates. Im Jahr 2005 wurde die Arbeit an der dritten Konzeption Kulturelle Bildung abgeschlossen und das Buch veröffentlicht. Die Publikation stieß auf eine sehr positive Resonanz in der Kulturpolitik sowie der kulturellen Bildungslandschaft.

Die Publikation wurde zusammen mit Bundesbildungsministerin Bulmahn am 05.09.2005 der Öffentlichkeit vorgestellt. Über die Publikation Konzeption Kulturelle Bildung hinaus wurden in *politik und kultur* regelmäßig Beiträge zu bildungspolitischen Fragen veröffentlicht. Das Themenspektrum reichte von Berichten aus der Praxis bis hin zu bildungspolitischen Überlegungen. Seit August 2005 bearbeitet der Deutsche Kulturrat ein



V.l.n.r.: Christian Höppner, Kulturstatsminister Bernd Neumann, Prof. Dr. Max Fuchs, Dr. Claudia Schwalfenberg, Olaf Zimmermann, MinDir. Dr. Hermann Schäfer
Foto: Kristin Bäßler

neues Vorhaben zur Umsetzung der Konzeption Kulturelle Bildung in ausgewählten Handlungsfeldern. Dieses Projekt wird eng durch den Fachausschuss Bildung des Deutschen Kulturrates begleitet. Es ist geplant im Jahr 2006 eine Stellungnahme zum Thema Kulturelle Bildung und demografischer Wandel vorzulegen.

Medienpolitik

Eine Stellungnahme und eine Resolution hat der Deutsche Kulturrat im Jahr 2005 zu medienpolitischen Fragen verabschiedet. Im April 2005 hat der Deutsche Kulturrat mit Nachdruck daran erinnert, dass das kulturelle Profil von 3sat erhalten bleiben muss und das ZDF aufgefordert, seine Planungen zur weiteren Entwicklung von 3sat vorzulegen. Hintergrund der Resolution waren Bestrebungen des ZDF die deutsche Finanzierung von 3sat allein zu übernehmen. Die Resolution „Kulturelles Profil von 3sat muss erhalten bleiben“ ist unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=396&rubrik=4> auf der Homepage des Deutschen Kulturrates zu finden. Die Deutsche Welle musste im Jahr 2005 laut dem neuen Deutsche-Welle-Gesetz erstmals eine Aufgabenplanung für die nächsten Jahre vorlegen. In seiner Stellungnahme „Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Aufgabenplanung der Deutschen Welle 2006-2009“ setzt sich der Deutsche Kulturrat kritisch mit der vorgelegten Aufgabenplanung der Deutschen Welle auseinander und fordert einige Präzisierungen. Im Bericht des Vorsitzenden des Fachausschusses Medien Heinrich Bleicher-Nagelsmann, der dem Rundfunkrat der Deutschen Welle angehört, kann auf Seite 29 nachgelesen werden, inwieweit die Forderungen des Deutschen Kulturrates aufgenommen wurden. Die Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Aufgabenplanung der Deutschen Welle kann abgerufen werden unter: <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=516&rubrik=4>.

Medienpolitische Fragen wurden in *politik und kultur* in der Ausgabe 2/2005 von Heinrich Bleicher-Nagelsmann und Armin Conrad mit Blick auf eine Veranstaltung zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angeschnitten. Der Deutsche Kulturrat war bei dieser Veranstaltung als Kooperationspartner beteiligt. Ein Schwerpunkt der Ausgabe 3/2005 war die Zukunft des Presse-Grosso. Hierzu nahmen Kulturstatsministerin Weiss, Jörg Laskowski (Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger), Ludwig von Jagow (Verband Deutscher Zeitschriftenverleger), Gerd Kapp (Presse-Grosso Bundesverband) und Klaus-Dieter Wülfrath (Stif-

fung Presse Grosso) Stellung. In der Ausgabe 6/2005 setzt sich Karin Junker mit den Planungen der Europäischen Kommission zur EU-Fernsehrichtlinie auseinander.

Staatsziel Kultur

Im Jahr 2004 hat sich der Deutsche Kulturrat in seiner Stellungnahme „Kultur als Daseinsvorsorge“ für die Aufnahme des Staatsziels Kultur im Grundgesetz ausgesprochen. Vorgeschlagen wurde ein ergänzender Grundgesetzartikel 20b mit der Formulierung: „Der Staat schützt und fördert die Kultur“. Nach dem Bekenntnis zum Rechts- und Sozialstaat, dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie dem Tierschutz würde sich die Bundesrepublik Deutschland deutlich zur Kultur bekennen. Im Jahr 2005 wurde dieser Beschluss des Deutschen Kulturrates immer wieder in Erinnerung gerufen. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ hat schließlich in ihrem Zwischenbericht im Juni 2005 die Aufnahme der o.g. Formulierung in das Grundgesetz empfohlen.

Führende Verfassungsrechtler wie Bodo Pieroth, Peter Badura, Ulrich Karpen und Max-Emanuel Geis setzten sich in der Ausgabe Juli-August (4/2005) von *politik und kultur* ebenso mit dem Staatsziel Kultur auseinander wie Landespolitiker so Ministerpräsident Dieter Althaus, Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident Peter Müller, Bürgermeister Henning Scherf und Bürgermeister Ole von Beust. Von Seiten der Bundespolitik nahmen Angela Merkel, Wolfgang Gerhardt und Eckhardt Barthel Stellung.

Föderalismusreform

Seit der Einsetzung der „Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung“ im Jahr 2003 hat der Deutsche Kulturrat das Thema Föderalismusreform intensiv verfolgt und für einen kooperativen Kulturföderalismus geworben. Besonders im Blick hatte der Deutsche Kulturrat dabei stets die gemeinsame Bildungsplanung von Bund und Ländern und hier speziell die Modellvorhaben der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Die Projekte innerhalb der Modellvorhaben haben vielfältige Innovationen im Bereich der kulturellen Bildung freigesetzt. Die beiden Vorsitzenden der Föderalismuskommission Ministerpräsident Edmund Stoiber und Franz Müntefering haben jeweils in einem Leitartikel in „*politik und kultur*“ ihre Vorstellungen zur Föderalismusreform im Kulturbereich skizziert. Nach dem Scheitern der Föderalismuskommission im Dezember

2004 an unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen Bund und Ländern im Bereich der Bildungspolitik schien es zunächst ruhig geworden zu sein.

Bei den Verhandlungen des Koalitionsvertrags zur Großen Koalition wurde der Faden von der Politik wieder aufgenommen und im Koalitionsvertrag die Weichen der Föderalismusreform gestellt. Der Deutsche Kulturrat konnte an seine Positionen aus den Vorjahren anknüpfen und hat im November und Dezember 2005 vor einer eins zu eins Umsetzung des Koalitionsvertrags im Bereich der Kultur- und Bildungspolitik gewarnt. Im Dezember 2005 hat er seine vorherige Position noch einmal in der Resolution „Föderalismusreform darf nicht zu Lasten von Kultur und Bildung gehen“ bekräftigt. Die Resolution kann unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=633&rubrik=4> im Internet nachgelesen werden.

Im *politik und kultur* hat die Präsidentin der Kultusministerkonferenz Ministerin Johanna Wanka in der Ausgabe März-April 2005 (2/2005) ihre Position zur Föderalismusreform skizziert.

Kommunale Kulturpolitik

Erstmals hat der Deutsche Kulturrat im Jahr 2005 eine bundesweite Befragung der Großstädte über 100.000 Einwohner zu ihren kulturpolitischen Perspektiven für das Jahr 2006 durchgeführt. Herausgekommen ist ein Panorama an Positionen zur Kulturpolitik, in dem sich die Wertschätzung gegenüber Kunst und Kultur als Element der Stadtentwicklung aber auch das Problem der Kulturfinanzierung angesichts überschuldeter Gemeinden deutlich wird. Unterschiede aber auch Gemeinsamkeiten der Städte werden erkennbar.

Die Umfrage wurde in der Ausgabe November-Dezember (6/2005) von *politik und kultur* veröffentlicht.

Kulturpolitik der Länder

Im Jahr 2005 haben zwei Bundesländer das Amt des Kulturministers abgeschafft. Schleswig-Holstein machte dabei den ersten Schritt. Für Kulturpolitik ist nunmehr federführend der Ministerpräsident zuständig. Er wird dabei vom Chef der Staatskanzlei unterstützt. Damit wurde erstmals in einem Bundesland die auf der Bundesebene bestehende Struktur nachgebildet. Auf Bundesebene ist ebenfalls ein Staatsminister im Bundeskanzleramt für Kultur verantwortlich. Der Deutsche Kulturrat

Fortsetzung von Seite 23

hatte in verschiedenen Pressemitteilungen vor der schleswig-holsteinischen Lösung gewarnt, vor allem weil die Vertretung durch einen Minister in der zuständigen Fachministerkonferenz, der Kultusministerkonferenz, so nicht mehr gewährleistet ist. Ministerpräsident Carstensen lud Prof. Dr. Max Fuchs und Olaf Zimmermann zu einem persönlichen Gespräch nach Kiel ein, um ihnen zu erläutern, wie er die kulturpolitische Verantwortung für das Land wahrnimmt und welche Vorteile dieses für die Kultur bringt. Von Schleswig-Holstein übernahm Nordrhein-Westfalen das Modell, die Verantwortung für Kulturpolitik in die Staatskanzlei zu verlagern. Der dortige Chef der Staatskanzlei ist zugleich Kulturstatssekretär. In der Ausgabe September-Oktober (5/2005) von *politik und kultur* erläuterten Ministerpräsident Carstensen und Kulturstatssekretär Grosse-Brockhoff, welche kulturpolitischen Akzente sie setzen wollen. Die kulturpolitischen Sprecher der Fraktionen im Landtag von NRW skizzierten ihre Ziele und Schwerpunkte.

Bundeskulturpolitik

Das einschneidendste Ereignis der Bundeskulturpolitik war die vorzeitige Bundestagswahl im September 2005, die von Bundeskanzler Schröder nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2005 angekündigt wurde. Der neugewählte Vorstand des Deutschen Kulturrates hatte sich noch in seiner konstituierenden Sitzung Ende April 2005 als wichtiges Vorhaben für das Jahr 2005 vorgenommen auszuwerten, welche kulturpolitischen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag der rot-grünen Bundesregierung umgesetzt worden waren. Hierfür sollten die Fachausschüsse des Deutschen Kulturrates gebeten werden, anhand des Koalitionsvertrags die Gesetzesinitiativen zu bewerten. Dieses Vorhaben war mit der Ankündigung von Neuwahlen hinfällig geworden. Jetzt galt es, Fragen an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zur Bundestagswahl 2005 zu formulieren. Dieser Aufgabe kamen die Fachausschüsse nach und formulierten die Fragen zu den verschiedenen Themenkomplexen:

- Kulturpolitik auf bundespolitischer Ebene
- Kultur- und Medienpolitik im internationalen Kontext
- Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
- Steuerpolitik
- Urheberrechtspolitik
- Kulturelle Bildung
- Bürgerschaftliches Engagements

Die Fragen wurden im Juni 2005 vom Sprecherrat verabschiedet und danach den Parteivorsitzenden mit der Bitte um Beantwortung zugesandt. Die Parteien haben alle dem Deutschen Kulturrat umfassend geantwortet. Fragen und Antworten sind im Internet unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=540&rubrik=57> abgerufen werden. Bei der Erarbeitung der Fragen und deren Beantwortung bestand lange Zeit Unsicherheit, ob Bundespräsident Köhler dem Weg von Bundeskanzler Schröder folgt und tatsächlich Neuwahlen ermöglicht. Umso mehr hat es den Deutschen Kulturrat gefreut, mit welcher Ernsthaftigkeit und Präzision seine Fragen beantwortet wurden.

Eine Bilanz der Bundeskulturpolitik in der 15. Legislaturperiode wurde in der Ausgabe Juli-August (4/2005) von *politik und kultur* gezogen. Aus dem Sprecherrat schrieb Christian Höppner, Hartmut Karmeier, Georg Ruppelt, Ingo Terrumanum, Claudia Schwalbenberg, Andreas

Kämpf, Heinrich Bleicher-Nagelsmann und Hildegard Bockhorst. Ebenso ließen die kulturpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen die 15. Legislaturperiode Revue passieren. Es wurden Beiträge von Monika Griefahn, Antje Vollmer, Eckhardt Barthel, Günter Nooke und Hans-Joachim Otto veröffentlicht. In der Ausgabe September-Oktober (5/2005) resümierte Gitta Connemann die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“.

Im Bundestagswahlkampf hat der Deutsche Kulturrat immer wieder daran erinnert, dass Kultur eine Rolle spielen muss und hat die Parteien aufgefordert, Ansprechpartner für Kulturpolitik zu benennen. Die Antworten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien auf die Fragen des Deutschen Kulturrates wurden in der Ausgabe September-Oktober (5/2005) von *politik und kultur* veröffentlicht. Kulturpolitisch Interessierte konnten so einen Eindruck von den Plänen der Parteien zur Kulturpolitik gewinnen.

Seit November 2005 regiert eine Große Koalition. Erstmals bekleidet ein Mitglied des Deutschen Bundestags das Amt des Kulturstatsministers im Bundeskanzleramt, der langjährige Kulturpolitiker Bernd Neumann.

Europakulturpolitik

In der letzten Sprecherratssitzung des Jahres 2004 hat der Deutsche Kulturrat eine Stellungnahme zur EU-Dienstleistungsrichtlinie verabschiedet. Der Deutsche Kulturrat fordert darin u.a. eine Abkehr vom Herkunftslandsprinzip. Weiter erhebt der Deutsche Kulturrat die Forderung, dass für Kulturgüter und kulturelle Dienstleistungen Ausnahmetatbestände gelten müssen, da es sich um Güter besonderer Art handelt. Die im Dezember 2004 verabschiedete Stellungnahme „Deutscher Kulturrat warnt vor Verabschiedung der EU-Dienstleistungsrichtlinie“ wurde im Jahr 2005 der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Zusammen mit dem WDR führte der Deutsche Kulturrat am 10. März einen Parlamentarischen Mittag durch. Der Intendant des WDR Fritz Pleitgen und der Vorsitzende des Deutschen Kulturrates Prof. Dr. Fuchs verdeutlichten nochmals, dass Kultur einschließlich des Rundfunks besondere Güter sind und nicht mit anderen Waren oder Dienstleistungen über einen Kamm geschoren werden können. In *politik und kultur* erschien in der Ausgabe Mai-Juni (3/2005) ein Schwerpunkt zum Thema EU-Dienstleistungsrichtlinie mit Beiträgen von Max Fuchs, Verena Wiedemann, Sigrid Skarpelis-Sperk, Eva-Maria Burger-Feß, Fritz Pleitgen und Thomas Silberhorn. Über Fragen der EU-Dienstleistungsrichtlinie hinaus wird in *politik und kultur* in einer regelmäßigen Rubrik der Leiterin der EU-Vertretung in Bonn Barbara Gessler über aktuelle Entwicklungen in der europäischen Kulturpolitik berichtet. Karin Junker, die dem Europäischen Parlament über viele Jahre angehörte, hat ebenfalls regelmäßig über aktuelle Entwicklungen der Europäischen Kulturpolitik berichtet. Themen waren unter anderem die EU-Fernsehrichtlinie und die Europäische Verfassung.

Bereits seit dem Jahr 2003 hat der Deutsche Kulturrat den Bewerbungsprozess der deutschen Städte zur Kulturhauptstadt Europas 2010 begleitet. Auf Bitten der Städte hat der Deutsche Kulturrat die Treffen der Bewerberstädte ausgerichtet und sich für die Einsetzung einer Jury zur Auswahl der deutschen Bewerber stark gemacht. Diese Jury wählte im April 2005 aus den zehn Bewerberstädten zwei aus und zwar: Essen und Görlitz. In *politik und kultur* haben sich alle Bewerberstädte vorgestellt. Im Jahr 2005 wurde das Bild durch Braunschweig und Halle (1/2005) abgerundet.

Internationale Kulturpolitik

Bereits seit einigen Jahren verfolgt der Deutsche Kulturrat die GATS-Verhandlungen (Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) sowie die Aushandlung der UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt. Im September 2003 war der Vorsitzende des Deutschen Kulturrates Prof. Dr. Fuchs bei den GATS-Verhandlungen in Cancún (Mexiko) anwesend und hat hier für Ausnahmeregelungen für den Kultur- und Medienbereich geworben. Die UNESCO-Generalversammlung erteilte im Oktober 2003 in Paris (Frankreich) den Auftrag, eine Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt auszuarbeiten. Prof. Dr. Fuchs nahm als Vertreter der deutschen Delegation an dieser UNESCO-Generalversammlung teil.

Seither spielen sowohl die GATS-Verhandlungen als auch die Erarbeitung der Konvention Kulturelle Vielfalt in den Debatten des Deutschen Kulturrates eine wesentliche Rolle. Hinsichtlich der GATS-Verhandlungen muss sich stets vergegenwärtigt werden, dass einmal eingegangene Liberalisierungsverpflichtungen kaum mehr zurückzuholen sind. D.h. anders als bei der deutschen Gesetzgebung, bei der Gesetze immer wieder verbessert und revidiert werden können, können Zugänge zum Marktzugang nicht wieder geschlossen werden. Darum tritt der Deutsche Kulturrat mit einer solche Vehemenz dafür ein, den Kultur- und Medienbereich von Liberalisierungsverpflichtungen auszunehmen. Wird der Spalt für eine Liberalisierung einmal geöffnet, kann das sich dann öffnende Tor kaum mehr geschlossen werden. Die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt soll als völkerrechtliches Instrument dieselbe Wirkung entfalten können, so dass beide internationalen Instruments GATS und UNESCO-Konvention gegeneinander abgewogen werden müssen. Neben dem handelspolitischen Aspekt der UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt darf sein innenpolitischer Effekt nicht unterschätzt werden. Staaten, die die Konvention ratifizieren, müssen auch in ihrem eigenen Land für kulturelle Vielfalt Sorge tragen. Die UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt wurde im Oktober 2005 von der UNESCO-Generalver-

sammlung verabschiedet. Sie tritt in Kraft sobald 30 Mitgliedsstaaten der UNESCO sie ratifiziert haben. In *politik und kultur* hat sich besonders intensiv Max Fuchs mit der Konvention Kulturelle Vielfalt auseinandergesetzt und in verschiedenen Artikeln die unterschiedlichen Implikationen der Konvention Kulturelle Vielfalt erläutert. Wilhelm Neufeldt hat die Position der Länder zur Konvention Kulturelle Vielfalt geschildert. Weitere Autoren zu diesem Themenbereich waren Bernhard von Loeffelholz und Verena Metzke-Mangeld.

Informationsplattform Internet verbessert

Im Februar 2005 ging das neue Internetangebot des Deutschen Kulturrates online (<http://www.kulturrat.de>). Die Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind nunmehr besser zugänglich. Zu den verschiedenen kulturpolitischen Themen wurden Dossiers eingerichtet. Hier sind umfangreiche Hintergrundinformationen abgelegt. Das Internetangebot des Deutschen Kulturrates ist nunmehr übersichtlicher und die unterschiedlichen Informationen besser und schneller abrufbar. Mehr als 1.000 unterschiedliche Besucher nutzen täglich das Internetangebot des Deutschen Kulturrates. Dabei schätzen die Nutzer ganz besonders die umfangreichen Hintergrundinformationen, die bereit gehalten werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Die offensive Öffentlichkeitsarbeit ist ein Markenzeichen des Deutschen Kulturrates. Nur durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit gelang es in der Vergangenheit, kulturpolitische Vorhaben anzustoßen bzw. zu befördern. Es wurden acht Pressegespräche (siehe Kasten) durchgeführt, in denen verschiedene Themen erläutert wurden. Zur Öffentlichkeitsarbeit gehört auch das Kulturinformationszentrum KIZ, das der Deutsche Kulturrat zusammen mit dem ConBrio Verlag betreibt. Mit täglich neuen Informationen aus allen Bereichen des kulturellen Lebens erschließt das KIZ tagesaktuell die der Kulturpolitik. Der Kulturrat verschickt zwei- bis dreimal in der Woche einen Newsletter

an ca. 3.000 Abonnenten. Die Eintragung und Austragung zum Newsletter können die Nutzer selbst vornehmen.

Publikationen

Im Jahr 2005 sind zwei Bücher neu erschienen. Das Buch „Im Labyrinth der Kulturzuständigkeiten“ erschließt die für Kulturpolitik Verantwortlichen auf der Ebene der kommunalen Spitzenverbände, der Länder, des Bundes und der Europäischen Union. Es ist ein Nachschlagewerk, das den Zugang zur Kulturpolitik und den Verantwortlichen erleichtern soll.

Ebenfalls im Jahr 2005 erschien die Konzeption Kulturelle Bildung III. Ausgehend von der Debatte um die Verbesserung des Schulsystems nach dem Erscheinen der ersten PISA-Studie wird ein breiter Zugang zu Fragen der kulturellen Bildung geboten: von den Rahmenbedingungen auf internationaler, europäischer, Bundes- und Länderebene bis hin zu den aktuellen Herausforderungen wie Migration oder demografischer Wandel. Im Buch wird das gesamte Feld der kulturellen Bildung von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Seniorenkulturarbeit durchmessen. Sechs Mal im Jahr erscheint die Zeitung des Deutschen Kulturrates *politik und kultur*. Herausgeber der Zeitung sind Olaf Zimmermann und Theo Geißler. Der Redaktion gehören Olaf Zimmermann, Gabriele Schulz und Andreas Kolb an. Die Zeitung erscheint mit einer Auflage von 7.500 gedruckten Exemplaren. Mehr als 15.000 Exemplare werden pro Ausgabe als pdf-Datei aus dem Internet abgerufen. Die Zeitung *politik und kultur* ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, an Flughäfen und großen Kiosken erhältlich. Alle Aufgaben von *politik und kultur* sind im Internet abrufbar unter: http://www.kulturrat.de/puk_liste.php?rubrik=puk.

Auf Themenschwerpunkt in *politik und kultur* wurde bereits unter dem Punkt Arbeitsschwerpunkt

Weiter auf Seite 25

Im Jahr 2005 verabschiedete Stellungnahmen

- Ein-Euro-Jobs: Zusätzlichkeit ernst nehmen – Positionspapier des Deutschen Kulturrates zu Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (so genannten Ein-Euro-Jobs) (06.04.2005)
- Künstlersozialversicherung stärken – Deutscher Kulturrat fordert Erhöhung des Bundeszuschusses (06.04.2005)
- Kulturelles Profil von 3sat muss erhalten bleiben (06.04.2005)
- Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zur Aufgabenplanung der Deutschen Welle 2006-2009 (22.06.2005)
- Gemeinsame Kulturfinanzierung der Länder des Kuratoriums junger deutscher Film erhalten (21.09.2005)
- Föderalismusreform darf nicht zu Lasten von Kultur und Bildung gehen (16.12.2005)
- Chance zur umfassenden Reform des Gemeinnützigkeitsrechts jetzt nutzen (16.12.2005)

Im Jahr 2005 geführte Gespräche mit Spitzenpolitikern

- 20.01.2005 Gespräch mit der Vorsitzenden der CDU Deutschlands Dr. Angela Merkel, MdB
- 08.02.2005 Gespräch mit der Präsidentin der Kultusministerkonferenz Minister Prof. Dr. Johanna Wanka
- 08.02.2005 Gespräch mit Kulturstatsministerin Dr. Christina Weiss
- 01.06.2005 Gespräch mit Ministerpräsident Peter Harry Carstensen
- 29.06.2005 Gespräch mit dem Vorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle, MdB
- 05.09.2005 Gespräch mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung Edelgard Bulmahn, MdB

Im Jahr 2005 durchgeführte Pressegespräche

- 28.04.2005 Thema: Ein-Euro-Jobs: Bedrohung oder Rettungsanker für den Kulturbereich
- 09.06.2005 Thema: Zukunft der Künstlersozialversicherung (zusammen mit Bundesministerin Ulla Schmidt, MdB)
- 23.06.2005 Thema: Vorstellung der Fragen an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zur Bundestagswahl 2005
- 28.07.2005 Thema: Vorstellung des Buches „Im Labyrinth der Kulturzuständigkeiten“
- 24.08.2005 Thema: Vorstellung der Antworten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien auf die Fragen des Deutschen Kulturrates zur Bundestagswahl 2005
- 05.09.2005 Thema: Vorstellung des Buches „Konzeption Kulturelle Bildung III“ (zusammen mit Bundesministerin Edelgard Bulmahn, MdB)
- 27.10.2005 Thema: Große Koalition ohne Kultur?
- 16.11.2005 Thema: Was bringt die Große Koalition der Kultur?

Fortsetzung von Seite 24

te eingegangen. Zusätzlich erschienen im Jahr 2005 zwei verschiedene Beilagen zu *politik und kultur*. In der ersten Jahreshälfte war die gemeinsame Beilage von Deutschem Kulturrat und Kulturstiftung des Bundes „Europa Kultur Stadt“ beigelegt. Angesprochen wurden Fragen wie: was eine europäische Stadt ist? (Ausgabe II), Stadtentwicklung durch Events (Ausgabe III), Auswirkungen der Migration in den Städten (Ausgabe IV), Nachhaltige Stadtentwicklung (Ausgabe V) und europäische Grenzstädte (Ausgabe VI). Die Beilage erschien in deutscher und englischer Sprache. Neu ist die Beilage Kultur Kompetenz Bildung, die im Jahr 2005 erstmals erschien. Hier geht es darum, Fragen der kulturellen Bildung zu vertiefen und gelungene Projekte vorzustellen.

Die Beilage erscheint im Rahmen des bereits erwähnten Projektes zur Umsetzung der Konzeption Kulturelle Bildung.

Veranstaltungen

Zwei Veranstaltungen ragten im Jahr 2005 heraus. Im Juni 2005 verlieh der Deutsche Kulturrat den Kulturgroßen an Bundespräsident a.D. Johannes Rau für seine Verdienste um Kunst und Kultur. In einer bewegenden Laudatio ließ Staatsministerin Christina Weiss wichtige Etappen im Leben von Johannes Rau Revue passieren und zeigte seine Verdienste für die Kultur und die Kulturpolitik auf. In einer mindestens ebenso bewegenden Rede dankte Johannes Rau für die Worte und die Auszeichnung. Er hielt ein leidenschaftliches Plädoyer für die Kultur und speziell die kulturelle Bildung. Im Dezember 2005 führte der

Deutsche Kulturrat zusammen mit dem Zentrum für Kulturforschung ein Fachgespräch zum Thema Kulturpolitikforschung durch. Ca. 40 Experten diskutierten über den Stand und die Perspektiven der Kulturpolitikforschung. Anlass war der 30. Geburtstag des Zentrums für Kulturforschung.

Dank

Unser Dank gilt allen, die zum Gelingen der Arbeit im Jahr 2005 beigetragen haben. Da sind zuerst die Mitglieder der Fachausschüsse, die Sprecherinnen und Sprecher des Deutschen Kulturrates sowie die Geschäftsführer der Sektionsgeschäftsstellen zu nennen. Dank ihres Einsatzes konnten die Stellungnahmen erarbeitet, diskutiert und verabschiedet werden. Die kulturpolitischen Debatten in den Gremien des Deutschen Kulturrates sind unerlässlich, um ab-

gestimmte Meinungen zu entwickeln. Allen, die sich an den Debatten beteiligten, mit ihren Beiträgen, ihrem Lob und ihrer Kritik zu einer lebendigen Diskussion beitragen, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Der Deutsche Kulturrat lebt von der lebendigen Demokratie und der Mitwirkung der Mitglieder.

Herzlich danken möchten wir den Zuwendungsgebern des Deutschen Kulturrates, namentlich der Bundesregierung für Kultur und Medien, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie der Kulturstiftung des Bundes. Dank der finanziellen Unterstützung der genannten Institutionen konnte der Deutsche Kulturrat seine Arbeit bewältigen.

Danken möchten wir ebenfalls den Autorinnen und Autoren von *politik und kultur*. Von ihren Beiträgen lebt die Zeitung. Kontroverse

Meinungen sind ausdrücklich erwünscht und beleben die kulturpolitischen Debatten. In unseren Dank möchten wir die Mitarbeiter des ConBrio Verlags für die unkomplizierte und unbürokratische Zusammenarbeit einschließen.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Deutschen Kulturrates sowie den Praktikanten gilt ebenfalls unser Dank. Sie tragen mit ihrem Engagement zum Gelingen der Arbeit bei.

Wir hoffen auf weiterhin gute Zusammenarbeit, Lob und Kritik und vor allem spannende Debatten.

Prof. Dr. Max Fuchs, Vorsitzender
Christian Höppner,
Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Claudia Schwalfenberg,
Stellvertretende Vorsitzende
Olaf Zimmermann,
Geschäftsführer ■

Bericht aus den Sektionen des Deutschen Kulturrates

Im Folgenden berichten die Geschäftsführer beziehungsweise Sprecher der Sektionen des Deutschen Kulturrates über die Arbeit der Sektion im Jahr 2005, die teilweise in das Jahr 2006 hineinreicht.

Deutscher Musikrat

Der Deutsche Musikrat (DMR) hat sich im Berichtszeitraum schwerpunktmäßig mit den folgenden Themen befasst:

1. Musikalische Bildung

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für musikalische Bildung ist das zentrale Ziel des DMR. Jedes Kind muss, unabhängig seiner sozialen und ethnischen Herkunft, die Chance auf ein qualifiziertes und breit angelegtes Angebot musikalischer Bildung erhalten, das die Musik anderer Ethnien einschließt. Dazu gehören zwei Stunden Musikunterricht pro Woche in allen Schularten und für alle Jahrgangsstufen genauso wie das Nachfrage deckende Angebot der Musikschulen und die Verbesserung der Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements im Bereich des Laiemusizierens. Der Bundesfachausschuss Musikalische Bildung hat unter der Leitung seines Vorsitzenden, Vizepräsident Prof. Dr. Hans Bäßler, eine Reihe von Positionspapieren erarbeitet, die der DMR als Sonderdruck in einem Heft herausgegeben hat (Download unter www.musikrat.de). Die musikalische Bildung steht als Querschnittsthema in enger Verbindung zu den nachfolgenden Themenbereichen.

2. Kulturelle Identität und interkultureller Dialog

Der DMR veranstaltete im November 2005 eine Fachtagung am Pariser Platz zum Thema „Musikland Deutschland: Wie viel kulturellen Dialog wollen wir?“ um u.a. den Zusammenhang zwischen den Möglichkeiten kultureller Identitätsfindungen und dem interkulturellen Dialog aufzuzeigen. Im Nachgang der Tagung hat eine Arbeitsgruppe zur Evaluation der Projekte im Hinblick auf interkulturelle Kompetenzerweiterungen ihre Arbeit aufgenommen. Der vom Generalsekretär vorgelegte 2. Berliner Appell mit zwölf Thesen zum interkulturellen Dialog (Wer das Eigene nicht kennt, kann das Andere nicht erkennen) ist vom Präsidium einstimmig verabschiedet worden und wird in Kürze mit der Unterstützung einer Reihe von prominenten Erstunterzeichnern veröffentlicht werden.

3. Öffnung zur Populären Musik

Der Bundesfachausschuss Populäre Musik hat unter der Leitung sei-

nes Vorsitzenden, Vizepräsident Prof. Udo Dahmen wesentliche Impulse zu einer intensiveren Beschäftigung mit der populären Musik gesetzt. Neben dem erfolgreich gestarteten Projekt PopCamp hat es zum ersten Mal in der Geschichte von Jugend musiziert in einigen Bundesländern eine Pilotphase mit der neuen Kategorie Populäre Musik gegeben. In Berlin und Nordrhein-Westfalen wurde zudem das Fach DJ mit in den Wettbewerb aufgenommen.

4. Musikvermittlung

Anfang Mai veranstaltet der Deutsche Musikrat einen Kongress zum Thema Musikvermittlung in Wildbad Kreuth. Nähere Informationen unter www.musikrat.de.

5. Demographischer Wandel

Der DMR befasst sich mit den Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Musikleben und erarbeitet, auch in Vorbereitung seines Kongresses am 1. und 2. Juni 2007 in Wiesbaden zum Themenbereich Musizieren im dritten Lebensalter, Vorschläge zu generationenübergreifenden neuen Wegen.

6. Auswärtige Musikpolitik

Die Bedeutung der Auswärtigen Musikpolitik für eine Verständigung nach innen und außen steht noch nicht im richtigen Verhältnis zur öffentlichen Wahrnehmung. Der DMR wird sich hier mit mehreren Veranstaltungen engagieren. Durch das Engagement von Präsident Martin Maria Krüger und des neu berufenen China-Beauftragten des DMR, Christoph Nielbock sind eine Reihe von hochkarätigen Kontakten und Projekten für einen intensiven Austausch entstanden.

Christian Höppner, Sprecher der Sektion Musik ■

Rat für darstellende Kunst und Tanz

Der Rat für darstellende Kunst und Tanz tagte am 7. März, 28. Juni und 2. November 2005 in Köln.

Zu Beginn des Jahres 2005 beschloss der Rat, dass er wegen des in seinem Namen fehlenden Hinweises auf den Tanz diesen Bereich seiner ursprünglichen Bezeichnung „Rat für darstellende Künste“ explizit hinzufügen wolle. Nach einer längeren Diskussion einigte man sich auf die neue Bezeichnung „Rat für darstellende Kunst und Tanz“, die den Vorteil bietet, dass sich nunmehr auch die bereits seit langem im Rat vertretenen, zahlreichen Tanzverbände sichtbarer nach außen präsentieren können. Dies war insbesondere wichtig im Hinblick darauf, dass dem Tanz im Jahr 2005 besondere Aufmerksamkeit, auch durch die

Bundeskulturstiftung, gewidmet wurde.

Der Rat für darstellende Kunst und Tanz versteht sich als Ansprechpartner innerhalb und außerhalb des Kulturrates für alle kulturpolitischen Anliegen, die die darstellenden Künste und den Tanz betreffen. Dies wurde auch deutlich durch die Wiederwahl der beiden langjährigen Sprecher der Sektion, Rolf Bolwin, Vorstand des Deutschen Bühnenvereins, und Hans Herdlein, den Präsidenten der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger (GDBA), in der ersten Sitzung des Jahres. Als stellvertretende Sprecher wurden Ulrich Roehm, Deutscher Berufsverband für Tanzpädagogik, und Klaus Hoffmann, Bundesarbeitsgemeinschaft Spiel und Theater, gewählt. Außerdem beschäftigte sich der Rat in dieser Sitzung mit dem von der Bundeskulturstiftung erarbeiteten „Tanzplan“. Die Mitglieder des Rates vertreten die Ansicht, es sei zwar von großer Bedeutung, dass auch pädagogische Konzepte gefördert würden, aber vorrangig müsse das zur Verfügung gestellte Geld in die Kunst fließen. Begrüßt wurde von den Mitgliedern die paritätische Beteiligung der Kommunen an den von dem Tanzplan geförderten Projekten. Damit wurde die Hoffnung verbunden, dass der Kultur insgesamt mehr Geld zur Verfügung gestellt würde. Andererseits wurde jedoch auch die Befürchtung geäußert, die zusätzlich erforderlichen kommunalen Mittel würden aus anderen Kulturfinanzierungen abgezogen. Darüber hinaus befasste sich der Rat mit der von der Europäischen Union geplanten Dienstleistungsrichtlinie. Der Rat diskutierte in diesem Zusammenhang ebenfalls die Unesco-Konvention zur kulturellen Vielfalt, die positiv bewertet wurde. Wichtig ist es aus Sicht des Rates, dass die Kultur nicht nur als Dienstleistung im wirtschaftlichen Sinne verstanden wird.

In der Sitzung am 28. Juni ging es vorrangig um die aktuelle Situation, die durch die beabsichtigte Neuwahl des Bundestages und die damit verbundene Auflösung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ geprägt war. Die Mitglieder diskutierten auch die Pläne zweier Bundesländer, das Kulturministerium abzuschaffen und die Kompetenzen stattdessen in der Staatskanzlei zu verankern. Diese Entwicklung wurde als bedenklich angesehen, auch wenn die Aufgaben erfahrenen Kulturpolitikern übertragen würden. Außerdem nahm der Rat zwei neue Mitglieder aus dem Tanzbereich auf, nämlich die Bundesdeutsche Ballett- und Tanztheaterdirektoren-Konferenz (BBTK) sowie den Allgemeinen Deutschen Tanzlehrerverband (ADTV). Am 2. No-

vember diskutierten die Mitglieder verschiedene Themen aus dem Bereich des Tanzes, so den von der Bundeskulturstiftung geplanten Tanzkongress. Das vorläufige Programm wurde einer kritischen Bewertung unterzogen. Insbesondere waren sich die Mitglieder darüber einig, es sei wichtig, dass die Vertreter der Tanzverbände sowie Experten aus dem Bereich der Kulturpolitik als Diskussionspartner an diesem Kongress aktiv gestaltend teilnahmen. Diese Ansicht hat der Rat für darstellende Kunst und Tanz der Bundeskulturstiftung in einem Schreiben mitgeteilt. Die Bundeskulturstiftung wurde um ein Gespräch darüber gebeten. Aber auch die aktuelle Situation der Theater und Orchester war insbesondere unter dem Eindruck der drohenden Insolvenz des Theaters in Bremen Gegenstand intensiver Beratungen. Die zunehmende Anzahl von Haustarifverträgen bei den öffentlich finanzierten Theater und Orchestern, mit denen erhebliche Gehaltseinbußen für die künstlerischen Mitarbeiter vereinbart und die vor allem für diejenigen Betriebe abgeschlossen werden, die in den neuen Bundesländern liegen, stieß auf große Besorgnis bei den Mitgliedern des Rates. Dass diese Haustarifverträge nunmehr auch für größere Theater und Orchester abgeschlossen werden, die in den alten Bundesländern beheimatet sind, wurde für höchst bedenklich schon deshalb gehalten, weil es die mangelnde Bereitschaft der Politik zeige, Kultur angemessen zu finanzieren.

Der Rat beschloss außerdem, den Schwerpunkt seiner Beratungen in den nächsten Sitzungen auf die Fragen der ästhetischen Bildung zu legen und sich mit Fragen der Kinder- und Jugendförderung im künstlerischen Bereich intensiver zu befassen.

Rolf Bolwin, Sprecher des Rates für darstellende Kunst und Tanz ■

Deutsche Literaturkonferenz

Das Jahr 2005 war von vielfältigen Aktivitäten der Deutschen Literaturkonferenz und ihrer Mitglieder gekennzeichnet.

Auf dem nunmehr 15. Symposium der Deutschen Literaturkonferenz, das auf der Leipziger Buchmesse durchgeführt wurde, stand die aktuelle Situation der Lektoren im Mittelpunkt. Das Lamento über unzureichend – wenn überhaupt noch – lektorierte Bücher ist längst zu einem Gemeinplatz in den Feuilletons geworden. Nicht ohne Grund. Doch was genau sind die Gründe? Mit welcher Berechtigung gerät das Lektorat immer wieder ins Kreuzfeuer der Kritik? In welchen Strukturen arbei-

ten heute fest angestellte wie freie Lektoren? Ist die „Krise des Lektorats“ mehr als der Wandel eines Berufsbilds?

Über diese und weitere Fragen diskutierten Hanne Knickmann, Gunther Nickel, Katharina Raabe, Denis Scheck und Joachim Unsel in der öffentlichen Veranstaltung, die den Titel trug: „Der Autor hat niemand, der ihm schreibt“ – Über das Verschwinden des Lektorats.

Angesichts der Brisanz des Themas beschloß die Deutsche Literaturkonferenz nach dem Symposium, eine Publikation herauszubringen, in der neun Lektoren verschiedener Kategorien zu Wort kommen sollen. Der Band wird 2006 im Wallstein-Verlag veröffentlicht.

Die im Gedenken an Karl Benjamin Preusker (1786–1871), den Gründer der ersten deutschen Bürgerbibliothek im sächsischen Großenhain, 1995 gestiftete Karl-Preusker-Medaille wurde 2005 der langjährigen Professorin für Bibliothekswissenschaft an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Frau Prof. Birgit Dankert, verliehen. Sie erhielt die Medaille in Würdigung ihres seit mehr als 35 Jahren unermüdlchen beruflichen und ehrenamtlichen Engagements für das Öffentliche Bibliothekswesen in Deutschland, um das sie sich in ganz außergewöhnlicher Weise verdient gemacht hat. Das Lebenswerk von Birgit Dankert erfüllt in geradezu idealer Weise die Kriterien der Vergabe der Preusker-Medaille, mit der alljährlich eine Person oder Institution ausgezeichnet wird, die auf dem Gebiet der Literatur, des Verlagswesens, des Buchhandels, der Öffentlichen Bibliotheken oder der Kulturpolitik tätig ist und den Kulturauftrag des Öffentlichen Bibliothekswesens wirkungsvoll fördert.

Breiten Raum in der Tätigkeit der Deutschen Literaturkonferenz im Jahr 2005 nahm die Diskussion um den Referentenentwurf eines zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft ein. Stand in der bisherigen deutschen Rechtsetzungsgeschichte der Wert des geistigen Eigentums für die Urheber im Mittelpunkt, wurden mit diesem Entwurf nun die Interessen der Industrie in den Vordergrund gerückt. Durch die vorgezogene Bundestagswahl geriet das Gesetzesvorhaben zeitweilig in den Hintergrund, wurde aber zur Bestürzung aller Kreativen mittlerweile in einem Regierungsentwurf manifestiert.

Im Berichtszeitraum fanden zwei Mitgliederversammlungen statt,

Fortsetzung von Seite 25

am 18. März 2005 in Leipzig und am 21. Oktober 2005 in Frankfurt/Main. Es wurde ein neues Mitglied aufgenommen, die Mediengemeinschaft für blinde und sehbehinderte Menschen e.V. Die Deutsche Literaturkonferenz vereint nunmehr 23 Mitgliedsverbände und -institutionen. Sprecher des Vereins ist der Übersetzer Dr. Burkhard Kroeber, Stellvertreter des Sprechers ist Dr. Georg Ruppelt.

Iris Mai, Geschäftsführerin der Deutschen Literaturkonferenz ■

Kunstrat

Wie in jedem Jahr, so hat der Kunstrat auch 2005 zwei Mal getagt und seine Zusammenkünfte vornehmlich zu einem Erfahrungsaustausch genutzt. Insbesondere das Berliner Herbsttreffen war im Vorfeld der Bundestagsneuwahl recht spannungsreich. Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates nahm sich ausgiebig Zeit, die Mitglieder des Kunstrates über die kulturpolitische Großwetterlage zu informieren. Eine anschließende Besichtigung des Reichstages und des Paul-Löbe-Hauses unter der Führung des kulturpolitischen Referenten der FDP-Bundestagsfraktion, Jan Gerd Becker-Schwering, fand ihren Abschluss in einem Empfang durch Guido Westerwelle, der sich für bildende Kunst nicht nur interessiert, sondern diese auch ausgiebig sammelt.

Was die 24 Mitgliedsverbände des Kunstrates bewegt und womit sie sich beschäftigen, kann hier nur ansatzweise vorgestellt werden.

Alle im Kunstrat vertretenen Verbände haben sich die kontinuierliche Förderung von bildender Kunst bzw. die Interessensvertretung sowohl ihrer Urheber als auch ihrer kommerziellen, institutionellen oder wissenschaftlichen Vermittler auf die Fahnen geschrieben. Eine besonders öffentlichkeitswirksame Form der Kunstförderung ist die Vergabe von Stipendien und Preisen. Hier ist an erster Stelle der Kunstfonds zu nennen, der mit einem sechsstelligen Etat ausgestattet ist und jährlich rund 50 Künstler, Kunstverlage oder Institutionen mit großzügigen Arbeitsstipendien beziehungsweise durch Projektfinanzierung fördert. Der Galeristen-Verband ermöglicht die Präsenz von zwei Dutzend Förderkojen auf der Art Cologne – Werke von jungen, noch unbekannteren Künstlern erblicken hier schon seit 25 Jahren erstmals das Licht der Kunstmarktwelt. Der Bundesverband Deutscher Kunstverleger hat auch 2005 einen Preis für besondere Leistungen im Gebiet der multiplizierten Kunst vergeben. Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine vergibt einen Kunstkritiker-Preis und der Kunstkritiker-Verband wiederum zeichnet Ausstellungen bzw. Museen aus, die sich durch besondere Konzepte einer populären Eventkultur widersetzen.

Aber nicht nur Kunstpreise, sondern auch Messen sind ein hervorragendes Medium, um der Kunst eine breite Öffentlichkeit und ihren Urhebern ein Einkommen zu sichern. In diesem Sektor sind naturgemäß die Kunsthandelsverbände sehr aktiv. Hervorzuheben ist hier auch der Bundesverband Kunsthandwerk, der für seine Mitglieder nicht nur auf regionalem und nationalem, sondern auch auf internationalem Terrain eine Vielzahl an Märkten betreut und organisiert. Zielsetzung der unterschiedlichen Künstlerverbände ist es, den gesellschaftlichen, rechtlichen und sozialen Status ih-

rer Mitglieder zu verbessern. Hier ist vor allem eine Errungenschaft des Bundesverbandes Bildender Künstler zu nennen. Ihm ist es gelungen, mit einem Schweizer Versicherungskonzern einen Rahmenvertrag – „Riester-Rente“ – als zusätzliche Altersvorsorge für seine Mitglieder abzuschließen. Eine beispielgebende Leistung konstruktiver Verbandsarbeit! Vor allem deswegen, weil bildende Künstler aufgrund meist niedriger oder schwankender Einkommen im Alter nur selten über größere Rücklagen verfügen und auch die zu erwartenden Rentenzahlungen aus der Künstlersozialversicherung kaum ausreichend sein werden. Der Verband Deutscher Kunsthistoriker unterstützt Anträge seiner Mitglieder um Aufnahme in die Künstlersozialkasse. Kunsthistoriker erhalten kaum noch feste Stellen und verdienen sich zunehmend durch befristete, mäßig honorierte Verträge in Museen und Institutionen. Da freie Ausstellungskuratoren Kultur jedoch vital mitgestalten und meistens auch publizistisch tätig sind, erscheint es in der Tat fragwürdig, dass sie bislang nach dem KSVG nicht versicherungspflichtig sind.

Viele Mitgliedsverbände des Kunstrates befassen sich mit der Professionalisierung ihres jeweiligen Berufsstandes. Der Verband deutscher Restauratoren beispielsweise bemüht sich um die Entwicklung des Berufsbildes eines öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen für Restaurierung und Konservierung. „Professionalisierung“ ist auch für die Künstlerverbände ein Stichwort, dem zunehmend Gewicht zukommt. So hat die Fachgruppe Kunst der Gewerkschaft ver.di ein Konvolut an Vertragsformularen herausgegeben, um die Zusammenarbeit von Künstlern mit Galerien und nichtkommerziellen Institutionen auf eine rechtlich verbindliche Grundlage zu stellen. Der Deutsche Künstlerbund hat sich insbesondere die Professionalisierung von Künstlerinnen vorgenommen und ein Graduiertenförderprogramm entwickelt.

Die allgemeinen Veränderungen im Arbeitsmarkt tangieren auch den Kunstbetrieb und bieten immer wieder Stoff für Diskussionen. So werden die Auswirkungen von Ein-Euro-Jobs in diesem Sektor nicht nur von den diversen Künstlerverbänden, sondern auch von den Interessensvertretungen der Institutionen und Museen ins Visier genommen. Prinzipiell werden Ein-Euro-Jobs als Modell der Reintegration von Langzeitarbeitslosen in das Erwerbsleben durchaus begrüßt – nicht jedoch, sofern sie bestehende, feste Stellen sukzessive verdrängen. Sorge bereitet auch die Umstellung von Magisterstudiengängen auf Bachelor- und Master-Studiengänge im Zuge des Bologna-Prozesses. Der Deutsche Museumsbund und der Verband der Kunsthistoriker befürchten hier eine Verringerung des Auszubildendenlevels mit negativen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt im Kunstsektor.

Fast alle Mitglieder des Kunstrates sind von bestimmten Aspekten der Urheberrechtssnovellierung berührt. Da es hierzu durchaus gegenläufige Auffassungen gibt, haben die einzelnen Verbände jeweils individuelle Interessenpolitik betrieben. Die gemeinsamen, im Rahmen des Fachausschusses Urheberrecht des Deutschen Kulturrates erzielten und vom Deutschen Kulturrat publizierten Schnittmengen sind dem Leser dieser Zeitung weitgehend bekannt.

Da das Folgerecht durch das Bundesministerium der Justiz separat behandelt wurde und „politik und kultur“ nur am Rande über dieses Thema berichtet hat, sei hier kurz erwähnt, dass sowohl die Urheber als auch die Vermarkter mit den Neuerungen leben können (sollten). Das

Folgerecht regelt die Teilhabe des Künstlers am Weiterverkauf der von ihm geschaffenen Werke. Die durch eine EU-Richtlinie notwendig gewordene Novelle sieht nun eine gewisse Erleichterung für den Kunsthandel vor. Ab 2006 gilt anstelle eines statischen, prozentualen Abgabesatzes eine je nach Verkaufspreis differenzierte degressive Abgabestaffel. Vorteilhaft für die Urheber ist hingegen der Umstand, dass deutsche Künstler nunmehr in allen Mitgliedstaaten der EU ihre Folgerechte einfordern können und auch fotografische Werke einbezogen sind.

Gleich zu Beginn des neuen Jahres 2006 hat der Kunstrat mit Freude und Erleichterung zur Kenntnis genommen, dass die neue Bundesregierung den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Kunstwerke nicht antasten würde. Der unermüdliche Einsatz der diversen Künstlervereinigungen und der Kunsthandelsverbände hat hier ganz offensichtlich seine Wirkung getan. Die Mitglieder des Kunstrates hoffen, dass es im laufenden Jahr aus der Politik weitere positive Signale für die deutsche Kulturlandschaft geben wird – eines könnte die Vorbereitung für die Aufnahme der Kultur als Staatsziel im Grundgesetz sein.

Birgit Maria Sturm, Sprecherin des Kunstrates ■

Rat für Baukultur

Zentrales Thema des Rates für Baukultur im Jahr 2005 war die Errichtung einer Bundesstiftung Baukultur, die erst zu kommen schien, sich dann verzögerte und nun aber auf gutem Weg zu sein scheint.

Nachdem der Bundestag den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Errichtung einer Bundesstiftung Baukultur am 12. Mai 2005 in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen hatte, ließ der Bundesrat das Projekt mit seinem Veto am 17. Juni 2005 zunächst scheitern. Ausschlaggebend für die ablehnende Haltung der Länderkammer dürften weniger sachliche Gründe als vielmehr parteitaktische Überlegungen gewesen sein. Denn niemand bezweifelte die Notwendigkeit, Baukultur in Deutschland zu fördern. Die vorgezogene Bundestagswahl war aber wohl der Anlass, der amtierenden Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen keinen Erfolg mehr zu gönnen. Was die Bundestagswahl erst verhinderte, scheint sie jetzt zu ermöglichen. Die neue Regierung aus CDU/CSU und SPD bekannte sich in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich zum Stiftungsprojekt: „Wir wollen die Errichtung einer Stiftung Baukultur (Baustiftung des Bundes) voranbringen. Sie soll die Möglichkeiten guten Planens und Bauens als gesellschaftlichen Anspruch für lebendige Städte einer breiten Öffentlichkeit bewusst machen. Darüber hinaus gilt es auch, die hohe Leistungsfähigkeit von Architekten und Ingenieuren in Deutschland auf dem Weltmarkt noch besser darzustellen.“ Nach aktuellem Sachstand wird das Bundeskabinett diesen Mai einen entsprechenden Gesetzentwurf beschließen.

Die Errichtung einer Bundesstiftung Baukultur wäre ein Riesenerfolg für die Baukultur in Deutschland. Eine Institution, die sich wie in anderen europäischen Ländern auch auf nationaler Ebene für die Belange der gebauten Umwelt engagiert, steht in Deutschland seit langem auf der Agenda. Die im Herbst 2000 gestartete Initiative Architektur und Baukultur hat entsprechende Kräfte gebündelt. Ein Wermutstropfen bleibt allerdings die schwache finanzielle Ausstattung der Stiftung. Mittelfristig sind 1,25 Millionen Euro jährlich vorgesehen, was der Hälfte des geschätzten jährlichen Finanzbedarfs entspräche. Auch der Stiftungssitz ist nach wie vor offen. Gerade mit Blick auf die

ohnehin knapp bemessenen Ressourcen plädiert der Deutsche Kulturrat eindeutig für Berlin, weil dort Politik, Verwaltung, Medien und die Organisationen der Zivilgesellschaft konzentriert sind. Für die Glaubwürdigkeit und Effektivität der Stiftung wird es außerdem von zentraler Bedeutung sein, dass die angestrebte Unabhängigkeit sich auch in der Besetzung des Stiftungsrates niederschlägt.

Der Rat für Baukultur hat das Stiftungsprojekt intensiv diskutiert und publizistisch begleitet (s. Artikel „Föderalismus contra Baukultur?“ in puk 3/2005, S. 25 und „Am Ende gefloppt? Baukultur in der 15. Legislaturperiode“, in puk 4/2005, S. 14). Neben zwei Fragen zur Föderalismusreform hat der Rat für Baukultur außerdem zwei Fragen zur Stiftung Baukultur in die Wahlprüfsteine des Deutschen Kulturrates zur Bundestagswahl 2005 eingebracht. Als weiteres wichtiges Anliegen verfolgte der Rat für Baukultur 2005 nach wie vor das Thema kulturelle Bildung und freut sich sehr, mit einem Beitrag zur Baukultur in der im August 2005 erschienen „Konzeption Kulturelle Bildung III“ des Deutschen Kulturrates vertreten zu sein. Der Rat für Baukultur begrüßt es außerordentlich, dass der Bundestag in seiner 16. Legislaturperiode wieder eine Enquete-Kommission Kultur eingesetzt hat, die sich unter anderem mit kultureller Bildung befassen wird, und wird die Belange der Baukultur weiter in die Diskussion einbringen.

Der Rat für Baukultur engagierte sich darüber hinaus auch 2005 in der Initiative Hören und lieferte einen Beitrag zu deren Positionspapier. Eine gute Gestaltung und eine gute akustische Qualität der gebauten Umwelt gehören nach Auffassung des Rates für Baukultur untrennbar zusammen. Zu hohe Lärmpegel und schlechte Akustik können die Lebensqualität der Menschen erheblich beeinträchtigen und in der Konsequenz ernsthafte gesundheitliche Schäden verursachen. Der Rat für Baukultur sieht die Politik, öffentliche und private Bauherren, aber auch Architekten und Ingenieure in einer gemeinsamen Verantwortung für die Gestaltung eines gesunden akustischen Umfelds.

Mitglieder des Rates für Baukultur arbeiteten 2005 schließlich kontinuierlich in den Gremien des Deutschen Kulturrates mit. Im September 2005 gab der Rat für Baukultur eine Neuauflage seines Imageflyers heraus.

Claudia Schwalfenberg, Sprecherin des Rates für Baukultur ■

Sektion Design

Die Arbeit der Sektion Design, die vom Deutschen Designertag gebildet wird, war – wie auch in den vergangenen Jahren – im zurückliegenden Berichtszeitraum wesentlich geprägt durch die Wahrnehmung der Interessen der Designer in den Gremien des Deutschen Kulturrates. Von dem im Berichtszeitraum durchgeführten Aktivitäten des Kulturrates, insbesondere auch seiner Ausschüsse an denen die Sektion Design beteiligt ist, wird an anderer Stelle berichtet.

Von den weiteren Aktivitäten der Sektion Design/Deutscher Designertag sollen hier stellvertretend zwei aufgeführt werden.

Im Mai 2005 fand im Rahmen der „Design Days Hamburg“ ein Symposium mit dem Titel „Design & Mittelstand. Profil durch Gestaltung – Produkte, Marken und Unternehmen“ statt, das von der Handelskammer Hamburg veranstaltet wurde und an dem der Designertag beteiligt war. Es ging dabei im Wesentlichen darum, den mittelständischen Unternehmen zu demonstrieren, wie sie durch ein professionelles Design ihre Wettbewerbsposition stärken können. Das einführende Referat zu diesem Sym-

posium mit dem Titel „Zusammenarbeit mit Designern – Denkanstöße“ wurde von Kai Ehlert gehalten.

Das Thema der Zusammenarbeit zwischen Designern und Unternehmen nimmt auch breiten Raum ein in der „Designinitiative der deutschen Wirtschaft“.

Diese Initiative wurde 1995 von Vertretern des BDI, des DIHK, des Markenverbandes, des ZDH, des BMWi, der Wirtschaftsministerien der Länder sowie berufsständischer, regionaler und überregionaler Design-Institutionen ins Leben gerufen. Der Designertag ist von Beginn an aktiver Partner dieser Initiative.

Die Ziele dieser Initiative bestehen darin, das Designbewußtsein der Unternehmen, insbesondere im mittelständischen Bereich, zu erhöhen und ihre Wettbewerbsfähigkeit auf nationalen und internationalen Märkten zu verbessern, die Öffentlichkeit über die Bedeutung des Design als Wirtschaftsfaktor zu informieren und die politischen Entscheidungsträger für die Rolle des Designs als Standortfaktors zu sensibilisieren.

Weitere Informationen über diese Initiative sind auch auf der Homepage des Designertages unter www.designertag.de aufgeführt.

Im Rahmen dieser Homepage ist auch der Newsletter des Designertages, die „DT Informationen“ zu finden.

Im Frühjahr 2006 tagte in Berlin im Deutschen Kulturrat die in 3-jährigem Turnus stattfindende Mitgliederversammlung des Deutschen Designertages. Im Mittelpunkt stand dabei u.a. die Neuwahl des Präsidiums. Als Präsident wurde Kai Ehlert, Berater und Gestalter, erneut für 3 Jahre in diesem Amt bestätigt, desgleichen Prof. Erik Spiekermann, Schriftentwerfer und typographischer Gestalter. Neu in das Präsidium wurde Henning Krause, Schriftentwerfer, gewählt. Henning Krause löste Gisa Höber ab, die nicht wieder kandidierte.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung fand auch die alljährliche MV der Sektion Design statt. Als Sprecher der Sektion wurde Kai Ehlert, als stellvertretender Sprecher Henning Krause gewählt.

Bei dieser MV wurden eine Reihe von Themen diskutiert, wie zum Beispiel der Bereich der sozialen Sicherung in Verbindung mit der Künstlersozialkasse (KSK). Im Zusammenhang mit der KSK kommt es bei Designern zunehmend zu Wettbewerbsverzerrungen als Folge unterschiedlicher Rechtsformen bei der Berufsausübung eines Versicherten.

Auch ist zu beobachten, dass einige Verwerter die von ihnen zu zahlende Künstlersozialabgabe vom Honorar des Designers abziehen. Obwohl diese Praxis gesetzeswidrig ist, wird sie praktiziert und von vielen Designern als Folge des enormen Wettbewerbsdruck hingenommen. Ein weiterer Aspekt war die Selbständigkeit der KSK. Obwohl zur Zeit politisch nicht durchsetzbar, wird sie von der Sektion weiterhin befürwortet.

Ein anderes Thema war der Bereich Urheberrecht, insbesondere der Korb II. Hier wird von der Sektion sowohl die Position des Kulturrates als auch der „Initiative Urheberrecht“, an der der Designertag beteiligt ist, befürwortet.

Der Deutsche Designertag, der zu den Gründungsmitgliedern des Deutschen Kulturrates gehört, kann in diesem Jahr auf eine 25-jährige Mitgliedschaft als „Sektion Design“ im Deutschen Kulturrat zurückblicken.

Kai Ehlert, Sprecher der Sektion Design ■

Fortsetzung von Seite 26

Sektion Film und Medien

Die vergangene Berichtsperiode war von zum Teil erfolgreichen Versuchen geprägt, die gemeinsame Arbeit aller Sektionsmitglieder voranzubringen. Als besonderer Erfolg kann die Vergrößerung der Sektion um zwei weitere Mitglieder, den Verband deutscher Drehbuchautoren sowie den Bundesverbandes kommunale Filmarbeit, herausgestellt werden.

Auf der Sitzung der Sektion im Juni 2005 wurden die Sprecher/-innen und ihre Stellvertreter/-innen gewählt sowie die Schwerpunkte für die künftige gemeinsame Arbeit diskutiert. Beabsichtigt ist die Erarbeitung eines Thesenpapiers der Sektion zur Filmpolitik sowie zu Perspektiven der Film- und Medienpolitik. Letzteres wurde unter Bezug auf die Beratung des medienpolitischen Grundsatzpapiers des Deutschen Kulturrates, an der mehrere Vertreter/-innen der Sektion beteiligt, sind zurückgestellt.

Auf der zweiten Sektionssitzung im Berichtszeitraum wurde neben durch den Sprecherrat gesetzten Themen der erste Entwurf für das medienpolitische Grundsatzpapier des Deutschen Kulturrates diskutiert. Darüber hinaus die so genannte „Frankfurter Erklärung“ der AG Dok mit dem Titel „Qualität statt Quote“ die im Grundsatz befürwortet wurde; inwieweit gewünschte Änderungsvorschläge eingearbeitet wurden, ist noch offen. Diskutiert wur-

de auch, zum Teil sehr kontrovers, die Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Kulturrates.

Die dritte Sitzung im Berichtszeitraum war im Anschluss an die DKR-Mitgliederversammlung der ausführlichen Diskussion über die Struktur des Deutschen Kulturrates gewidmet.

Das Ergebnis der Beratungen: Eine Änderung der Satzung wird nicht für nötig gehalten. Die bestehende Satzung habe sich Prinzip bewährt, es bedürfe aber einer genaueren Klärung der Kompetenzverteilung zwischen den Organen des Kulturrates – vor allem im Zusammenspiel zwischen Sektionen, Fachausschüssen und Sprecherrat. Außerdem sind die Sektionsmitglieder mehrheitlich der Auffassung, dass der Informationsfluss zwischen Vorstand, Geschäftsführung und Sprecherrat einerseits und den Sektionsmitgliedern andererseits optimiert werden soll. Diese Aufgabe stellt sich für alle Organe des Kulturrates – auch für die Sektionen wobei die Sektionssprecher eine besondere Verantwortung haben.

Darüber hinaus wurde auch intensiv und sehr kontrovers über die Frage diskutiert, ob die Sektion Film und Medien eine besondere Zuständigkeit in Fragen der Medienpolitik habe oder „nur“ in den Fragen, die den Film im engeren Sinne angehen. Diese Debatte soll auch in den Sprecherrat des deutschen Kulturrates eingebracht werden. Die jeweiligen Aktivitäten der Mitgliedsverbände sind auf den homepages bzw. in einschlägigen Veröffentlichungen dokumentiert. Sektionssprecher sind Heinrich Bleicher-Nagelsmann (ver.di) und Detlef Roenfeldt (BVR). Stellvertretende Spre-

cher/Sprecherin sind Rolf Zitzlperger (BMF) und Anna Fantl (BUFI).

Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Sprecher der Sektion Film und Medien ■

Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung

Der Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung hatte im Juni 2005 zu seiner 63. Mitgliederversammlung und im Dezember 2005 zu seiner 64. Mitgliederversammlung eingeladen. Als Sprecher der Sektion wählte bzw. bestätigte die 63. Mitgliederversammlung für die Dauer der nächsten zwei Jahre in ihrem Amt: Prof. Dr. Max Fuchs und Andreas Kämpf. Als stellvertretende Sprecher gewählt wurden Dr. Karl Ermert und Dr. Norbert Sievers. Die laufende Geschäftsführung der Sektion wurde für weitere 2 Jahre der BJK Geschäftsführerin Hildegard Bockhorst übertragen. Einstimmig als neues Mitglied im Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung aufgenommen wurde der Deutsche Volkshochschul-Verband e. V. Dem Mitwirkungsantrag der Initiative Hören wird seit Juni 2005 mit einem Gaststatus entsprochen. Kulturpolitische Schwerpunktthemen dieser Sektion waren 2005:

- die Föderalismusreform und der Erhalt von Bundeszuständigkeiten für kulturelle Bildung,
- die Bundestagswahl 2005, verbunden mit der Erarbeitung von Wahlprüfsteinen und der Formulierung entscheidender Zukunftsaufgaben zur Stärkung von Soziokultur und kultureller Bildung,
- der demografische Wandel und seine Folgen für die Kulturpolitik und

kulturelle Bildungspolitik, die Internalisierung der Kultur-, Bildungs- und Sozialpolitik – eng verbunden mit einer Positionierung zum GATS-Abkommen und zur UNESCO-Konvention zum Schutz kultureller Vielfalt, - die Umsetzung des Projektes „Konzeption Kulturelle Bildung (III)“.

Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Kulturpolitische Diskurse zu obigen Themen sind gerade im Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung eng verknüpft mit sozial- und bildungspolitischen Themen und letztlich mit Menschenrechtsfragen in einer globalisierten Welt. Grundlegende Forderungen und Empfehlungen zur kulturellen Bildung hat Max Fuchs als Sprecher der Sektion und zugleich Vorsitzender des Deutschen Kulturrates in folgendem 12 Punkte-Katalog zusammengefasst:

1. Menschen brauchen Kunst und Ästhetik (innerhalb und außerhalb der Schule). Insbesondere Kinder und Jugendliche haben ein Menschenrecht auf Kunst und Spiel (UN-Kinderrechtskonvention).
2. Bildung ist eine Voraussetzung für die Realisierung des Menschenrechts auf soziale, ökonomische, politische und kulturelle Teilhabe. Diese Teilhabe ist insofern universell, als niemand ausgegrenzt oder benachteiligt werden darf.
3. Wir brauchen kein enges, sondern ein weites Verständnis von Bildung und Erziehung, das insbesondere über PISA und die Schule hinausgeht. Wir brauchen zudem ein Konzept von Bildung, das das Recht des Einzelnen auf die Entwicklung seiner Persönlichkeit in Einklang

bringt mit dem Erfordernis, in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen (Politik, Beruf, Gemeinschaft etc.) kompetent zu handeln.

4. Wir brauchen eine Vielzahl an Bildungsformen, Bildungsinhalten und Bildungsorten. Die Zusammenarbeit verschiedener Institutionen ist zu unterstützen.
5. Wir brauchen eine Anerkennung des nonformalen Lernens (in Kunst und Kultur).
6. Wir brauchen Kultureinrichtungen, die ihren Bildungsauftrag ernst nehmen.
7. Wir brauchen kein GATS-Abkommen in der Kultur-, Jugend- und Bildungspolitik. Es gibt eine öffentliche auch finanzielle Verantwortung für kulturelle Bildung.
8. Wir brauchen eine Konvention zur kulturellen Vielfalt, die eine nationale Kultur- und Bildungspolitik ermöglicht.
9. Wir brauchen neue wissenschaftliche Untersuchungen zur Wirkungsweise und Wirksamkeit von kulturellen Bildungsangeboten sowie zu den verschiedenen Arbeitsformen und Methoden.
10. Wir brauchen eine ressortübergreifende Politik für kulturelle Bildung.
11. Wir brauchen qualifizierte Fachkräfte und daher ein gut ausgebaut System der Aus- und Fortbildung.
12. Kulturelle Bildung geht alle an. Daher brauchen wir Partnerschaften und Unterstützungen aus den Bereichen der Politik, Wirtschaft und der Medien.

Hildegard Bockhorst, Geschäftsführerin des Rates für Soziokultur und kulturelle Bildung ■

Vertretung des Deutschen Kulturrates in externen Gremien

Vertreter des Deutschen Kulturrates vertreten in verschiedenen externen Gremien die Anliegen der Mitgliedsverbände des Deutschen Kulturrates und damit des kulturellen Lebens in Deutschland. Über die Tätigkeit in den Gremien wird regelmäßig im Sprecherrat des Deutschen Kulturrates berichtet und dadurch eine Rückbindung an die Sektionen des Deutschen Kulturrates gewährleistet. Im Folgenden wird die Arbeit der Vertreter des Deutschen Kulturrates in ausgewählten Gremien vorgestellt.

Stiftungsbeirat der Kulturstiftung des Bundes

Die Arbeit der Kulturstiftung des Bundes ist von Beginn an nicht bloß im Mittelpunkt des politischen Interesses (abzulesen etwa an der hochrangigen Besetzung und dem lebhaften Engagement des Stiftungsrates), sondern seither auch geprägt von einer gewissen Unsicherheit in Hinblick auf die Fusion mit der Kulturstiftung der Länder. Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, in welcher kurzer Zeit die Arbeit aufgenommen und profiliert worden ist. So gibt es nicht nur eine Fülle hervorragender Kunst-Projekte, die in den jeweiligen Fachszenen in meiner Wahrnehmung eine Wertschätzung erfahren, es wurde auch die Förderung gesell-

schaftspolitisch orientierter künstlerischer Projekte engagiert vorangetrieben. Schrumpfende Städte, Migration, Intensivierung des Austauschs mit Osteuropa sind hierbei Stichworte. All dies hat zu einer Schärfung des Profils der Stiftung erheblich beigetragen, so dass diese die nunmehr offenbar definitiv anstehende Fusion mit guten Karten angehen kann. Ein Beispiel zur Demonstration des professionellen Managements der Stiftung will ich hier angeben. Dieses betrifft zwei Fragen und Problemkreise, die von Anfang an präsent waren: Zum einen die Frage der Evaluation, zum anderen das Problem, welche Rolle kulturelle Bildung und Vermittlungsaspekte insgesamt auch bei ausgewiesenen Kunstprojekten spielen kann. In beiden Fällen hat die Stiftung Anregungen aus dem Beirat aufgenommen und Expertenworkshops durchgeführt, an denen MitarbeiterInnen und die Leitung selbst teilnahmen, um sich in einer ergebnisoffenen Konsultation über Ziele, Methoden und Erfahrungen zu informieren, bevor Entscheidungen getroffen werden. Dies ist umso bemerkenswerter, als in durchaus vergleichbaren Fällen – etwa zum Thema kulturelle Bildung – andere große Stiftungen sehr viel unzugänglicher in Hinblick auf vorhandene Strukturen und Erfahrungen waren und sind. Daher ist es wünschenswert, dass die Bundeskulturstiftung diese offene Arbeitsweise,

die letztlich der Qualität der Arbeit und dem öffentlichen Auftrag, der mit Steuergeldern realisiert wird, dient, beibehält. Allerdings ist, gerade angesichts der eventuellen Fusion – was letztlich heißt: Neugründung – an die Forderung der organisierten Zivilgesellschaft nach einer Mitwirkung im Stiftungsrat zu erinnern. Die guten Erfolge in der Zusammenarbeit im Beirat sollten die Politik davon überzeugen können, dass dies der demokratischen Verankerung der neuen Stiftung nur dient.

Max Fuchs, Vorsitzender des Deutschen Kulturrates und für den Deutschen Kulturrat Mitglied im Stiftungsbeirat der Kulturstiftung des Bundes ■

Arbeitskreis gesellschaftlicher Gruppen im Haus der Geschichte

Dass Geschichte nicht bloß die sachliche Wiedergabe von Geschehenem ist, sondern vielmehr eine interessengebundene Konstruktion eines Wunschbildes der Vergangenheit, das sehr stark den politischen Tendenzen der Gegenwart geschuldet ist, dafür ist gerade das Haus der Geschichte ein hervorragendes Beispiel.

Der Arbeitskreis gesellschaftlicher Gruppen, der neben dem wissenschaftlichen Beirat ein weiteres Beratungsgremium ist, das sehr breit unterschiedliche Interessenslagen und Arbeitsfelder in die Tätigkeit des Hauses der Geschichte einbezieht, diskutiert alle Ausstellungsprojekte des Hauses der Geschichte. Insbesondere an der Ausstellung über Flucht und Vertreibung kann die eingangs formulierte These verdeutlicht werden. Denn die Sichtweise der Vertriebenenverbände und (z.B.) der Jugendverbände über Ursachen, Verläufe und Folgen von Flucht und Vertreibung sind durchaus kontrovers diskutiert worden. Gerade in diesen schwierigen Fragen zeigte sich die hohe Kompetenz und Souveränität sowohl der wissenschaftlichen Leitung des Projektes als auch der Lei-

tung des Hauses der Geschichte. Vor diesem Erfahrungshintergrund ist es dann hochplausibel, wenn der ehemalige Leiter nunmehr Verantwortung beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) übernimmt. Denn ein großer Teil der anstehenden Aufgaben im BKM betrifft Fragen der Erinnerungskultur (z.B. Zentrum gegen Vertreibung), der Auswirkungen des Weltkrieges (Beutekunst) und die Gesamtkonzeption der Erinnerung an die Barbarei der Nazi-Zeit. Eine neue Leitung für das Haus der Geschichte ist zur Zeit noch nicht benannt.

Max Fuchs, Vorsitzender des Deutschen Kulturrates und für den Deutschen Kulturrat Mitglied im Arbeitskreis gesellschaftlicher Gruppen des Hauses der Geschichte ■

Fachausschuss Kultur der Deutschen Unesco-Kommission

Im Kulturausschuss der DUK bin ich sowohl als persönlich berufenes Einzelmitglied als auch als ein Vertreter zweier großer Dachverbände, des Deutschen Kulturrates und der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung. Schwerpunkt meines Engagements waren insbesondere zwei Themen: Zum einen die Konvention zur kulturellen Vielfalt, die im Oktober 2005 von der Hauptversammlung der UNESCO nach einer ungewöhnlich kurzen Erarbeitungszeit verabschiedet wurde, und die Vorbereitung der UNESCO-Weltkonferenz zur künstlerischen Bildung, die vom 6. bis 9. März 2006 in Lissabon stattgefunden hat (siehe Bericht in der Beilage).

Zur Begleitung der internationalen und Forcierung und Qualifizierung der nationalen Debatte über die Konvention wurde unter Federführung der DUK die Bundesweite Koalition zur kulturellen Vielfalt gegründet, die seither mit wachsender Beteiligung wichtiger Kulturakteure mehrfach an prominenten Orten (u.a. Kanzleramt,

Bundestag, WDR) zusammengekommen ist. Es ist ein breites Bündnis von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren unterschiedlicher Ebenen. Hilfreich war die von der DUK in Auftrag gegebene Expertise von Prof. Krajewski von der Universität Potsdam über die möglichen Auswirkungen des GATS-Abkommens. Von größter Bedeutung war zudem das Faktum, dass mit der Völkerrechtlerin Prof. von Schorlemer, Universität Jena, eine deutsche Expertin in der Arbeitsgruppe mitgewirkt hat, die der Generaldirektor der UNESCO zur Erarbeitung der Konvention berufen hat. Die Weiterarbeit an der Umsetzung der Konvention geht jetzt – national und international – in eine neue Phase, über die an anderer Stelle berichtet wird (siehe meine ausführliche Analyse in dieser Ausgabe).

Die Weltkonferenz zur künstlerischen Bildung ist Teil eines mehrjährigen Prozesses, der spätestens mit einem formellen Beschluss der Generalversammlung der UNESCO im Jahre 1999 begonnen hat. Tatsächlich waren künstlerische und kulturelle Bildung immer schon Thema im UNESCO-Kontext. Aus deutscher Sicht gab es an Vorbereitungskonferenzen in Vilnius und Melbourne eine Mitarbeit.

Etwas undurchsichtig gestaltete sich die Zusammensetzung der deutschen Delegation, da – sicherlich auch aufgrund der Regierungsbildung nach der vorgezogenen Bundestagswahl – die Verantwortlichkeiten für diese „Kategorie-IV-Konferenz“ (d.h. eine Expertenkonferenz, zu der persönlich eingeladen wurde) etwas unklar waren. Insgesamt waren die deutschen Beiträge zahlreich und vorzeigbar: zwei ausgezeichnete KUBIM-Projekte (neue Medien), ein Vortrag über Arte im Hauptprogramm (Jobst Plog), die Beteiligung der Vertreter von KMK und BMBF an



v.l.n.r.: Hans-Joachim Otto, Guido Westerwelle, Christian Höppner, Claudia Schwalenberg, Olaf Zimmermann am 19.6.2005 Foto: Matthias Hummelsiep

Fortsetzung von Seite 27

einem round table über Bildungspolitik, die Moderation mehrerer Arbeitsgruppen und schließlich die Präsentation des Kompetenznachweises Kultur der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung und der Konzeption Kulturelle Bildung des Deutschen Kulturrates.

Eine nationale Folgekonferenz zur Umsetzung und Weiterentwicklung der in Lissabon beratenen „Road Map“ ist in Planung.

Max Fuchs, Vorsitzender des Deutschen Kulturrates ■

Rundfunkrat der Deutschen Welle

Der Deutsche Kulturrat ist im Rundfunkrat der Deutsche Welle durch den Sprecher der Sektion Film und Medien, Heinrich Bleicher-Nagelsmann, der auch Vorsitzender des Fachausschusses Medien ist, vertreten.

Im Berichtszeitraum haben vier Sitzungen des Rundfunkrates sowie entsprechend viele Sitzungen des Fernsehausschusses und des Online-Ausschusses der Deutschen Welle stattgefunden, in denen Heinrich Bleicher-Nagelsmann ebenfalls Mitglied ist. Eines der Hauptthemen in den Sitzungen des Rundfunkrates war neben der kontinuierlichen Information über die drei Programmbereiche der Deutschen Welle die nach dem Gesetz vorgeschriebene Aufgabenplanung.

Nachdem im vorhergehenden Berichtszeitraum zum ersten Mal eine Aufgabenplanung stattgefunden hatte, war auch vom Deutschen Kulturrat nach deren Veröffentlichung eine Stellungnahme erarbeitet worden. Die Stellungnahme wurde unter Federführung von Heinrich Bleicher-Nagelsmann erstellt und nach Diskussion im Sprecherrat verabschiedet. In der neuen Fassung der Aufgabenplanung, die im März dem Parlament zugeleitet wurde und die demnächst veröffentlicht wird, sind auch Anforderungen des Deutschen Kulturrates berücksichtigt worden. Dies betrifft unter anderem die deutliche Differenzierung zwischen Status quo und angestrebten Neuerungen ebenso wie die Herausstellung der für Europa angestrebten Aktivitäten. Noch nicht ausreichend gemessen an den Vorstellungen des Kulturrates ist Zusammenarbeit mit den Mittlerorganisationen dargestellt. Auch die fortgeschriebene Aufgabenplanung gibt noch nicht ausreichend Aufschluss, wie die Zusammenarbeit aussehen soll und welchen Beitrag die einzelnen Partner leisten

In den Berichtszeitraum fällt auch das Aus für German-TV. Es war nicht gelungen, die erforderlichen Nutzerzahlen für die Verbreitung im nordamerikanischen Sprachraum zu erreichen. Soweit entsprechende vertragliche Beziehungen vorliegen wird jetzt DW-TV als Nachfolgeprogramm in die Kabelnetze eingespeist. An besonderen Schwerpunkten im Berichtszeitraum sind die nachfolgenden Programme bzw. Sendungen hervorzuheben. Selbstverständlich hat auch der Karikaturenstreit in den Magazinen „Politik direkt“, „Europa Aktuell“ sowie „Made in Germany“ seinen Niederschlag gefunden. Einen herausragende Rolle spielte das Thema auch in zahlreichen Beiträgen des arabischen „Journal“. Auch die internationale Talkshow „Quadrige“ hat sich in zwei Ausgaben mit diesem Thema.

Neben der aktuellen Berichterstattung von der Berlinale im Journal hat die „Kino“-Redaktion ein „Berlinale-spezial direkt vom Potsdamer Platz produziert. Auch in „Kultur.21“ wurden im Zusammenhang mit der Berlinale Filmemacher aus

der islamischen Welt und Europa zum Karikaturenstreit befragt. Selbstverständlich waren auch ihre filmischen Beiträge Thema. Wichtig auch die Medienpartnerschaft von DW-TV mit dem „Talent-Campus“ der wieder ein großer Erfolg war. Newcomer-Regisseure waren auch das Thema der neuen Wochenendrubrik „Reporter“.

Die Dreharbeiten zu den sechs Folgen von „Kent Nagano dirigiert Monumente der Klassik“ sind bis auf wenige Interviews beendet. Zu den „Monumenten“ gehören u.a. Mozarts Symphonie Nr. 41 sowie Anton Bruckners Symphonie Nr. 8. Auch für Zuhörer/Zuschauer in Deutschland wird es am 8. Mai im Delphi in Berlin die Möglichkeit geben, sich einen Eindruck von den „Monumenten“ zu verschaffen. Auch der Vertrieb im internationalen Maßstab wird realisiert.

Ein weiterer Fortschritt bei der Möglichkeit deutsche Zuschauer zu erreichen, konnte durch Kooperation mit dem Frankfurter Flughafen erreicht werden. DW liefert Nachrichten sowie Sport- und Wetterinformationen für das Airport TV.

Den besten, umfassendsten und in jeder Hinsicht lohnenden Zugang für deutsche Interessenten an den Programmen der Deutschen Welle liefert zweifellos DW-online. Erreichbar unter der Internet-Adresse <http://www.dw-world.de>. Auch technologisch gesehen ist die Deutsche Welle hier Trendsetter. Audio- und Video podcasting spielen eine zunehmende Rolle. So ist zum Beispiel auch die Sendung „euromaxx“ zum Thema Leben und Kultur in Europa mit ihren Highlights als Podcast erhältlich.

Keine Frage, dass auch kulturelle Highlights der Jubiläumsjahre, in diesem Fall Heinrich Heine und Wolfgang Amadeus Mozart im Kulturprogramm der Deutschen Welle einen besonderen Platz einnehmen. Um was es dabei geht und wie die Deutsche Welle das Thema aufbereitet kann man ebenfalls über dw-online erfahren. Für Kulturinteressierte noch ein Tipp: Das Angebot „Deutsche Vita“. Hier findet man deutsche Künstlerinnen und Künstler von A-Z und jeweils den/die Künstler/-in der Woche unter <http://www.deutsche-vita.net/index.php>

Über den jeweils aktuellen Entwicklungsstand bei der Deutschen Welle findet eine kontinuierliche Berichterstattung in den Sitzungen des Sprecherrates statt. Darüber hinaus werden ausgewählte Einzelthemen in den Sitzungen des Fachausschusses Medien beraten.

Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Vorsitzender des Fachausschusses Medien des Deutschen Kulturrates und vom Deutschen Kulturrat benanntes Mitglied im Rundfunkrat der Deutschen Welle ■

Programmausschuss von RTL

Der Programmausschuss von RTL hat sich unter der Leitung seines Vorsitzenden Hilmar Hoffmann im Berichtszeitraum über die aktuellen Entwicklungen informiert und im Hinblick auf die Planungen beraten. Im Mittelpunkt standen dabei die Programmentwicklung und die begleitenden Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel der anhaltend rückläufige Werbemarkt und die technologischen Veränderungen. Begleitet wurde diese Phase von personellen Änderungen in der Führungsebene von RTL und der Überprüfung interner Strukturen. Mit Anke Schäferkordt als Geschäftsführerin zeichnet sich Kontinuität in der Führung von RTL ab.

Kernzielgruppe sind die 14-49-jährigen Zuschauer. Mit neuen Formaten wie zum Beispiel „Mein Garten“ oder „Einsatz in 4 Wänden“ und der unerwartet gut angenommenen Neuaufgabe von „Deutschland sucht den Superstar“ steht RTL immer noch in der Marktführerschaft, wenngleich der Sender Marktanteile verloren hat, die

Sektion des Deutschen Kulturrates	Sprecherrat des Deutschen Kulturrates Vorstand des Sprecherrates
Deutscher Musikrat	<ul style="list-style-type: none"> • Christian Höppner (Deutscher Musikrat) • Hartmut Karmeier (Deutsche Orchestervereinigung) • Prof. Dr. Udo Dahmen (Percussion Creative) • Prof. Dr. Eckart Lange (Konferenz der Landesmusikräte)
Rat für darstellende Kunst und Tanz	<ul style="list-style-type: none"> • Rolf Bolwin (Deutscher Bühnenverein) • Hans Herdlein (Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger) • Klaus Hoffmann (Bundesarbeitsgemeinschaft Spiel + Theater) • Ulrich Roehm (Deutscher Berufsverband für Tanzpädagogik)
Deutsche Literaturkonferenz	<ul style="list-style-type: none"> • Dr. Georg Ruppelt (Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände) • Dr. Burkhard Kroeber (Übersetzer) • Prof. Dr. Ferdinand Melichar (Verwertungsgesellschaft Wort) • Friedhelm von Notz (Börsenverein des Deutschen Buchhandels)
Kunstrat	<ul style="list-style-type: none"> • Birgit Maria Sturm (Bundesverband Deutscher Kunstverleger), • Ingo Terrumanum (ver.di, Fachgruppe Bildende Kunst), • Hans-Wilhelm Sotrop (Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler) • Wolfgang Suttner (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine)
Rat für Baukultur	<ul style="list-style-type: none"> • Dipl. Ing. Wolfgang Esser (Vereinigung Freischaffender Architekten) • Dr. Claudia Schwalfenberg (Bundesarchitektenkammer) • Dr. Katrin Bek (Vereinigung der Landesdenkmalpfleger) • Jost Hähnel (Bundesingenieurkammer)
Sektion Design	<ul style="list-style-type: none"> • Kai Ehler (Deutscher Designertag) • Henning Krause (Deutscher Designertag)
Sektion Film und Medien	<ul style="list-style-type: none"> • Heinrich Bleicher-Nagelsmann (ver.di Hauptvorstand) • Detlef Rönfeldt (Bundesverband Regie) • Anna Fantl (Bundesvereinigung des Deutschen Film) • Rolf Zitzlsperger (Bundesverband mittelständischer Fernsehanbieter)
Rat für Soziokultur und kulturelle Bildung	<ul style="list-style-type: none"> • Prof. Dr. Max Fuchs (Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung) • Andreas Kämpf (Bundesvereinigung soziokultureller Zentren) • Dr. Karl Ermert (Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel) • Dr. Norbert Sievers (Kulturpolitische Gesellschaft)
Stand: April 2006	

nur zum Teil durch die positive Entwicklung bei VOX und Super RTL innerhalb der RTL-Familie kompensiert werden konnten. Sorgenkind ist zur Zeit RTL II, das zudem sehr schlecht auf dem Werbemarkt abschneidet.

Die fortschreitende Fragmentierung des Fernsehmarktes führt zu immer mehr Spartenkanälen. RTL sieht sich in diesem Digitalisierungsprozess trotz des großen Angebotes von rund 200 Kanälen in digitalen Netzen oder über digitale Satelliten mit seinem Programm von RTL, VOX, RTL II, Super RTL, n-tv, RTL Shop und Traumpartner tv gut aufgestellt, da nach den bisherigen Erfahrungen nur 8-10 Programme in die engere Auswahl genommen würden. Mit den großen Kabelnetzbetreibern steht RTL in Verhandlungen über die Bedingungen für die digitale Einspeisung. Bis 2008 wird damit gerechnet, dass 40% der TV Haushalte in Deutschland digitalisiert sind. Sorge bereitet RTL die technologische Entwicklung im Bereich der Werbeunterdrückung bei den digitalen Festplattenrecordern.

Die Entwicklung des Werbemarktes, Deutschland bildet im europäischen Vergleich das Schlusslicht, wird vor dem Hintergrund der konsumfreundlicheren Stimmung und der Fußballweltmeisterschaft vorsichtig optimistisch bewertet.

Christian Höppner, Stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Kulturrates und vom Deutschen Kulturrat entsendetes Mitglied im Programmausschuss von RTL ■

Kulturausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Bereits seit acht Jahren gehört der Deutsche Kulturrat als Gast dem Kulturausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes an. Diese Mitgliedschaft bietet zum einen die Gelegenheit aus der Arbeit des Deutschen Kulturrates zu berichten. Zum anderen nutzen die Mitglieder des Deutschen Städte- und Gemeindebundes die Gelegenheit, ihre spezifischen Probleme mit dem Deutschen Kulturrat zu diskutieren. Für den Deutschen Kulturrat sind diese Informationen aus den mittleren und kleineren Städten sehr wertvoll für die eigene Arbeit. Da die Probleme der Großstädte in den kulturpolitischen Debatten oft dominieren, sind die direkten Informationen aus den Städten

mittlerer Größe sehr wichtig. In der Frühjahrssitzung des Kulturausschusses des Deutschen Städte- und Gemeindebundes wurde intensiv die Stellungnahme des Deutschen Kulturrates „Kultur als Daseinsvorsorge“ debattiert. Dabei wurde vor allem die Frage erörtert, wie angesichts knapper finanzieller Ressourcen die kulturelle Infrastruktur aufrecht erhalten werden kann. Die Stellungnahme des Deutschen Kulturrates stieß insgesamt auf eine positive Resonanz.

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer und Vertreter des Deutschen Kulturrates im Kulturausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes ■

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement ging aus dem Nationalen Beirat zum Internationalen Jahr der Freiwilligen hervor. Der Deutsche Kulturrat gehört zu den Gründungsmitgliedern und zählt als Spitzenverband der Bundeskulturverbände zu den so genannten „gesetzten Mitgliedern“ des Koordinierungsausschusses. D.h. der Deutsche Kulturrat wird in den Koordinierungsausschuss nicht gewählt, sondern gehört ihm automatisch an. Der Koordinierungsausschuss trifft die politischen Entscheidungen des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagements und wählt aus seiner Mitte den Sprecherrat, der einem Vorstand entspricht. Dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement gehören Verbände und Vereinen der Zivilgesellschaft, Bundesländer sowie privatwirtschaftliche Unternehmen an. Das Ziel ist die Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements. Im Koordinierungsausschuss wurde im Jahr 2005 u.a. die Gestaltung der „Woche des Bürgerschaftlichen Engagements“ beraten sowie Fragen an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zur künftigen Engagementpolitik besprochen. Die eingesetzten Arbeitsgruppen, die ein sehr weites Spektrum an Themen abdecken und an denen sich Vertreter unterschiedlichster Bereiche beteiligen, berichteten über ihre Arbeit.

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Vertreter des Deutschen Kulturrates im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement ■

Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“

Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ wurde im Dezember 2003 eingesetzt. Ihr gehören 11 Abgeordnete und 11 Sachverständige an. Die Sachverständigen wurden ad personam berufen, d.h. sie gehören der Enquete-Kommission nicht als Vertreter von Verbänden oder Organisationen sondern als unabhängige Experten an. Die Enquete-Kommission hat den Auftrag, für den Deutschen Bundestag konkrete Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kultur in Deutschland zu formulieren. Grundlage dieser Handlungsempfehlungen ist eine Bestandsaufnahme. Aus dem Mitgliederspektrum der Sektionen des Deutschen Kulturrates wurden verschiedene Sachverständige in die Enquete-Kommission berufen, Dr. Oliver Scheytt, Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft, Prof. Dr. Wolfgang Schneider, Vorsitzender der ASSITEJ, Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Die Berufung erfolgt durch den Bundestagspräsidenten. Im Jahr 2005 setzte die Enquete-Kommission bis Mai 2005 ihre Bestandsaufnahme fort mit der Perspektive, nach der Sommerpause mit der Formulierung der Handlungsempfehlungen zu beginnen. Mit der Auflösung des Deutschen Bundestags endete die Arbeit der Enquete-Kommission. Vom Sekretariat wurde ein Tätigkeitsbericht erstellt, der einen Eindruck von den Themen vermittelt, mit denen sich die Enquete-Kommission befasst hat. Im Juni 2005 hat die Enquete-Kommission einen Zwischenbericht zum Thema Staatsziel Kultur vorgelegt. Die Enquete-Kommission empfiehlt, das Grundgesetz mit einem Artikel 20b „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ zu ergänzen. Diese Empfehlung wurde einstimmig beschlossen. Im Dezember 2005 beschloss der Deutsche Bundestag einstimmig eine neue Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ einzusetzen, die an die Arbeit der vorangegangenen anknüpfen soll.

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ ■